

Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Kurzinformation

Tarifpolitik 2010 auf einen Blick

Berichte und Analysen des WSI-Tarifarchivs

- Aufgaben des Tarifarchivs
- Arbeitsergebnisse
- Pressemeldungen des Jahres 2010

Düsseldorf, Dezember 2010

www.tarifvertrag.de
www.lohnspiegel.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

ISSN-1861-2822

Inhalt

Aufgaben des Tarifarchivs	I
Arbeitsergebnisse	II
Pressemeldungen des WSI-Tarifarchivs im Jahr 2010	1 - 53
13.12. WSI zieht Tarifbilanz 2010: Beschäftigungssicherung und mäßige Lohnsteigerungen	1
16.11. WSI-Tarifarchiv: Lohnuntergrenzen bisher nur „Flickenteppich“ - 89 Prozent der Betriebsräte befürworten Mindestlohn.....	3
04.11. Tarifliches Weihnachtsgeld – Zwischen Stagnation und (kräftigem) Zuwachs	5
01.10. Tarifrunde 2011: Die Kündigungstermine	9
28.09. Online-Umfrage www.lohnspiegel.de: Großhandelskaufleute - mit Tarifvertrag verdienen sie mehr.....	15
02.09. Trend zu Einmalzahlungen kann Löhne von Preis.- und Produktivitätsentwicklung abkoppeln	17
31.08. Tariftreue-Regelungen erleben Comeback - neun Bundesländer haben oder planen neue Gesetze	19
05.08. WSI-Halbjahresbilanz Deutlicher Rückgang der Arbeitskämpfe im ersten Halbjahr 2010.....	21
08.07. Zwischenbilanz des WSI-Tarifarchivs Tarife steigen jahresbezogen um durchschnittlich 1,7 Prozent.....	23
01.06. Tarifliches Urlaubsgeld - ein Überblick über 22 Wirtschaftszweige.....	25
22.04. WSI-Tarifhandbuch 2010 1990 - 2010: Zwanzig Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland.....	29
20.04. WSI-Arbeitskampfbilanz 2010 - Wenige Großkonflikte, aber Zunahme betrieblicher Arbeitskämpfe	33
15.04. WSI: Lohnentwicklung in Europa droht deutliche Abschwächung	37
29.03. Online-Umfrage www.lohnspiegel.de: Diplomkaufleute - das höchste Gehalt gibt es in Düsseldorf.....	40
04.03. Online-Umfrage www.lohnspiegel.de: Was verdienen Fachinformatiker/innen?..	42
04.03. Acht EU-Staaten erhöhen Mindestlöhne – doch Krise bremst Entwicklung	44
19.02. Online-Umfrage www.lohnspiegel.de: Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigten	46
20.01. Tariflöhne und -gehälter: 2009 ein Plus von 2,6 Prozent	51

Aufgaben des WSI-Tarifarchivs

Das Tarifarchiv des WSI ist die zentrale Dokumentationsstelle der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Es wirkt darüber hinaus durch wissenschaftliche Beiträge meinungsbildend in die öffentliche Debatte um die Tarifpolitik hinein. Das Tarifarchiv berichtet regelmäßig über das aktuelle Tarifgeschehen in Deutschland, es führt eine umfassende tarifbezogene Verdienst-, Arbeitszeit- und Beschäftigtenstatistik, es beobachtet neue Trends der Rahmen- und Manteltarifpolitik und analysiert entsprechende tarifliche Regelungen. Es erstellt ferner regelmäßig einen europäischen Tarifbericht. Zu den Aufgaben des Tarifarchivs gehört die Erstellung von ad-hoc-Auswertungen für die Gewerkschaften. Darüber hinaus erteilt es Fachauskünfte bei Anfragen aus Ministerien, Arbeits- und Sozialverwaltung, Verbänden und Medien. Es bildet eine wichtige Datenquelle für Forschungsprojekte im WSI und steht auch externen WissenschaftlerInnen für Auswertungen zur Verfügung.

Die von den DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge werden gesammelt, nach systematischen Kriterien ausgewertet und archiviert. Das Archiv wird ergänzt durch Presseberichte, gewerkschaftliche Materialien und sonstige Hintergrundinformationen, die den Ablauf der Tarifbewegungen und die allgemeine tarifpolitische Entwicklung dokumentieren.

Veröffentlichungen

Das WSI-Tarifarchiv veröffentlicht seine Arbeitsergebnisse in folgenden Publikationen:

- WSI-Tarifhandbuch
- Monatsberichte
- Halbjahresberichte und Jahresberichte
- Elemente qualitativer Tarifpolitik

Darüber hinaus informieren Pressemeldungen über die wichtigsten Ergebnisse. Auf den Internetseiten des WSI finden sich unter der Adresse: www.tarifvertrag.de ausführliche Informationen zum Tarifsystem und Tarifgeschehen. Auf der Seite www.lohnspiegel.de sowie www.frauenlohnspiegel.de bietet das WSI-Tarifarchiv eine Online-Auskunft über tatsächlich gezahlte Einkommen in zahlreichen Branchen und Berufen an. Das WSI-Tarifarchiv ist auch bei Facebook (www.facebook.com/pages/WSI-Tarifarchiv/268190167583) und Twitter (www.twitter.com/wsitarifarchiv) vertreten.

Im Folgenden geben wir einen knappen Überblick über die Berichte und Analysen, die das WSI-Tarifarchiv im abgelaufenen Jahr erstellt hat. Die Pressemeldungen dokumentieren wir im Wortlaut, weil sie Daten und Fakten zusammenfassen, die auch heute noch informativ und nützlich sind. Die meisten Veröffentlichungen sind noch verfügbar und können beim WSI-Tarifarchiv bestellt oder im Internet herunter geladen werden.

Arbeitsergebnisse des WSI-Tarifarchivs im Jahr 2010

www.tarifvertrag.de

- Regelmäßige aktuelle Tarifinformationen im Internet
- Wer verdient was? Tarifliche Grundvergütungen in 200 Berufen
- Unterste Tarifvergütungen in 43 Branchen
- Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- Ausbildungsvergütungen in 26 Branchen

www.lohnspiegel.de und www.frauenlohnspiegel.de

- Online-Datenbank zu tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern in 280 Berufen
- Veröffentlichungen zu Großhandelskaufleuten, Fachinformatiker/innen und Diplomkaufleuten

Buchveröffentlichungen:

- WSI-Tarifhandbuch 2010. Schwerpunktthema: „20 Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland“, Bund Verlag, Frankfurt 2010, 284 S.

WSI-Mitteilungen

- Das Projekt Lohnspiegel: Tatsächlich gezahlte Löhne und Gehälter (Heft 1/2010)
- Tarifpolitischer Jahresbericht 2009: Tarifverdienste mit kräftigen Plus - Effektivverdienste im Minus (Heft 03/2010)
- WSI-Mindestlohnbericht 2010 - Unterschiedliche Strategien in der Krise (Heft 3/2010)
- Europäischer Tarifbericht des WSI 2009/2010 (Heft 4/2010)
- Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2010 (Heft 8/2010)

Regelmäßige Tarifberichterstattung

- *Monatsberichte*
Ausgabe 1-12/2010
- *Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2010*
Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2010
Juli 2010, 29 Seiten
- *Tarifpolitischer Jahresbericht 2009*
Tarifverdienste mit kräftigen Plus – Effektivverdienste im Minus
Januar 2009, 60 Seiten

Elemente qualitativer Tarifpolitik

- *Tarifliche Regelungen zur Kurzarbeit*
Daten aus 18 Wirtschaftszweigen – aktualisierte Fassung
Juli 2010, 44 Seiten
- *Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich*
Eine Untersuchung aus 41 Wirtschaftszweigen
April 2010, 32 Seiten
- *Tarifliche Pauschal- und Einmalzahlungen*
- Praxis, Risiken und Nebenwirkungen -
Juli 2010, 11 Seiten
- *Da sollte mehr drin sein*
Tarifliche Vergütungen im Niedriglohnbereich
August 2010, 680 Seiten

13.12.2010

WSI zieht Tariffbilanz 2010:

Beschäftigungssicherung und mäßige Lohnsteigerungen

Im Tarifjahr 2010 haben sich die Gewerkschaften angesichts der Beschäftigungsrisiken vor allem in den Industriebranchen wie Metall und Chemie auf tarifvertragliche Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung konzentriert. Die tariflichen Löhne und Gehälter sind insgesamt nur mäßig gestiegen, in vielen Branchen wurden zunächst lediglich Pauschalzahlungen vereinbart, sodass dauerhafte Tarifierhebungen erst später erfolgten.

„Die Tarifabschlüsse des Jahres 2010 zeigen also deutliche Spuren der Krise“, stellt Dr. Reinhard Bispinck, Tarifexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest. Das hat auch Auswirkungen auf die kommende Tarifentwicklung: Die bereits für 2011 vereinbarten Tarifsteigerungen bewegen sich überwiegend zwischen 1,5 und 2,5 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2010 zeichnete sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erholung allerdings eine Verbesserung der Tarifabschlüsse ab. Vor allem der Abschluss in der Stahlindustrie mit einer Tarifsteigerung von 3,6 Prozent hat Hoffnungen auf eine Trendwende in der Lohnpolitik geweckt. „Damit würde die von vielen Experten empfohlene Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland neue Impulse erhalten.“

Eine wichtige Orientierungsgröße für das Tarifjahr 2010 war der Abschluss für die Metallindustrie vom 18. Februar, der neben einer Pauschalzahlung von 320 Euro für den Zeitraum von Mai 2010 bis März 2011 eine Tarifierhebung von 2,7 Prozent ab April 2011 vorsieht. Der Abschluss gibt Unternehmen auch die Möglichkeit, die Tarifierhebung je nach wirtschaftlicher Lage um zwei Monate vorzuziehen bzw. zu verschieben. Eine Anzahl von Großunternehmen hat mittlerweile angekündigt, die Tarifierhöhung bereits am 1. Februar umzusetzen.

Wichtige **Abschlüsse der Tarifrunde 2010** (siehe auch die Grafik im Anhang):

- **Chemische Industrie:** Der Tarifabschluss hat lediglich eine Laufzeit von 11 Monaten und sieht Einmalzahlungen von insgesamt 550/611/715 € für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht vor. Für Beschäftigte in Betrieben, die nicht wesentlich von der Finanz-/Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen waren, gibt es eine zusätzliche Einmalzahlung von bis zu 260 Euro.
- **Öffentlicher Dienst** (Bund und Gemeinden): Der über 26 Monate laufende Abschluss sieht eine dreistufige Tarifierhebung vor - 1,2 Prozent im Jahr 2010 sowie 0,6 Prozent und 0,5 Prozent im Jahr 2011. Zusätzlich gibt es im Januar 2011 eine Einmalzahlung von 240 Euro.
- **Bankgewerbe:** Die Tarifparteien einigten sich auf eine Pauschalzahlung von 300 € für die Monate Mai bis Dezember und eine anschließende Tarifierhebung von 1,6 Prozent.
- **Papierverarbeitung:** Vereinbart wurde eine Tarifierhebung nach sechs Nullmonaten (Mai bis Oktober) um 1,3 Prozent sowie 1,5 Prozent im Jahr 2011 sowie noch einmal 1,3 Prozent im Frühjahr 2012.
- **Hotel- und Gaststättengewerbe NRW:** Der Abschluss umfasst nach zwei Nullmonaten (Juni und Juli) eine Tarifierhebung um 2,0 Prozent in diesem Jahr und um weitere 1,8 Prozent im nächsten Jahr.
- **Leiharbeit:** Die Abschlüsse mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) sehen Tarifierhöhungen in vier Schritten vor. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von 7,38 Euro bis zum November 2012 auf 8,19 Euro pro Stunde, im Osten von 6,42 Euro im gleichen Zeitraum auf 7,50 Euro. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne vereinbart.

Mindestlohn: Für die Pflegebranche traten im August Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz von 7,50/8,50 Euro/Stunde Ost/West in Kraft. Weitere neue Mindestlohtarifverträge liegen vor für das Wach- und Sicherheitsgewerbe (regional zwischen 6,53 und 8,46 €) und für die Geld- und Wertdienste (regional zwischen 7,50 und 13,50 €). Die Rechtsverordnungen stehen noch aus. Dies gilt auch für den bereits vereinbarten Mindestlohn für die Leih-/ Zeitarbeitsbranche.

Die **Tarifrunde 2011** startet mit den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Länder), es folgen im Frühjahr die chemische Industrie, das Versicherungsgewerbe, die Druckindustrie, das Baugewerbe, der Einzel- und Großhandel und weitere Branchen.

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2010

Abschluss	Tarfbereich	Ergebnis
18.02.2010	Metallindustrie Nordrhein-Westfalen (Pilotabschluss)	320 € Pauschale insg. für Mai 2010 - März 2011 2,7 % ab 01.04.11 Laufzeit bis 31.03.12
27.02.2010	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	1,2 % ab 01.01.10 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11 240 € Einmalzahlung im Januar 2011 Laufzeit bis 29.02.12
21.04.2010	Chemische Industrie	550 € Pauschale insg. für 11 Monate, Laufzeit regional unterschiedlich bis 03/04/05/2011
10.05.2010	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	nach einem Nullmonat (Mai) 0,6 % ab 01.06.10 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.12. Laufzeit bis 30.04.12
20.05.2010	Papier verarbeitende Industrie	nach 6 Nullmonaten (Mai - Oktober) 1,3 % ab 01.11.10 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 Laufzeit bis 31.08.12
31.05.2010	Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 2,0 % ab 01.08.10 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 Laufzeit bis 30.04.12
10.06.2010	Bankgewerbe	300 € Pauschale insg. für Mai - Dezember 1,6 % ab 01.01.11 Laufzeit bis 29.02.12
23.06.2010	Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	2,6 % ab 01.07.10 Laufzeit bis 30.06.11
01.09.2010	Landwirtschaft	Bundesempfehlung: 180 € Pauschale für April - Oktober 2,1 % ab 01.11.10 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.11 Laufzeit bis 31.10.12
30.09.2010	Eisen- und Stahlindustrie	150 € Pauschale für September 3,6 % ab 01.10.10 Laufzeit bis 31.10.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv - Stand: Dezember 2010

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung	
Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de	Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

16.11.2010

WSI-Tarifarchiv: Lohnuntergrenzen bislang nur „Flickenteppich“

89 Prozent der Betriebsräte befürworten Mindestlohn

Die meisten Betriebsräte in Deutschland befürworten einen Mindestlohn und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge. Dies ist auch eine Folge ihrer Praxis-Erfahrungen: Arbeitnehmervertreter sind zunehmend mit Niedriglöhnen konfrontiert, zeigt eine neue Untersuchung des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.*

89 Prozent der Betriebsräte sind dafür, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Im Schnitt halten sie einen Bruttolohn von 9,30 Euro als unterste Lohngrenze für angemessen. So die aktuelle Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung unter mehr als 2.000 repräsentativ ausgewählten Arbeitnehmervertretern. Dass Betriebsräte sogar noch etwas häufiger als die allgemeine Bevölkerung für einen Mindestlohn votieren (dort sind es, je nach Befragung, 70 bis 80 Prozent), ist für Dr. Reinhard Bispinck nicht überraschend: „Sie erleben in ihrem betrieblichen Alltag hautnah, wie das Tarifsysteem in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten erodiert ist und wie sich Niedriglöhne ausgebreitet haben“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs.

In einer neuen Analyse fasst der Wissenschaftler die Situation zusammen: Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland während der vergangenen 15 Jahre stark gewachsen. Derzeit arbeiten 21 Prozent der Beschäftigten für einen Niedriglohn. Das heißt, sie verdienen pro Stunde weniger als 9,06 Euro, also weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns. Parallel dazu geht seit Jahren die Tarifbindung zurück. 2009 wurden noch 62 Prozent der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag bezahlt. In den großen Industriebranchen und bei höher qualifizierten Dienstleistungen können Tarifverträge noch weitgehend lückenlos Niedriglöhne verhindern. Weniger gut funktioniert das in anderen Bereichen des Dienstleistungssektors und in Teilen des Handwerks, wo es viele kleinere Betriebe und relativ wenig organisierte Arbeitnehmer gibt. „Gewerkschafter stehen in diesen Branchen bei Tarifverhandlungen immer wieder vor der schweren Entscheidung, niedrigen Tarifen zuzustimmen oder ganz auf eine tarifliche Regulierung der Arbeitsbedingungen zu verzichten“, so Bispinck.

Das Tarifarchiv hat für 40 Branchen und Wirtschaftsbereiche ausgewertet, wie hoch die Einstiegsvergütungen in den verschiedenen tariflichen Vergütungsgruppen sind. Dazu untersuchten die Forscher 4.751 Vergütungsgruppen aus Tarifverträgen, die DGB-Gewerkschaften abgeschlossen haben. Sie analysierten die jeweils aktuellen Tarifverträge. In den wenigen Fällen, in denen es keine aktuelle Vereinbarung gab, zogen sie hilfsweise ausgelaufene Verträge heran, sofern sie nach der Jahrtausendwende abgeschlossen worden waren.

Ergebnis: Die große Mehrheit der Tarifgruppen, 84 Prozent, sieht Stundenlöhne von 8,50 Euro und mehr vor. Insgesamt 72 Prozent der Vergütungsgruppen beginnen sogar mit einem Stundensatz von mindestens 10 Euro. Letzteres gilt in wichtigen Branchen wie der Metall- und der Chemieindustrie, der Ent-

sorgungswirtschaft, dem Bank- und dem Bauhauptgewerbe für alle oder nahezu alle Tarifgruppen. Das Tarifsystem setzt so Untergrenzen deutlich oberhalb der Niedriglohnschwelle.

In 16 Prozent der Vergütungsgruppen ist das jedoch anders, zeigt Bispincks Analyse: 7 Prozent der untersuchten Gruppen sehen Einstiegsgehälter zwischen 7,50 und 8,50 Euro vor. Weitere 9 Prozent liegen unter 7,50 Euro pro Stunde. In Ostdeutschland sind tarifliche Niedriggehälter deutlich weiter verbreitet als im Westen. Zwar lässt sich auf Basis der Vergütungsgruppen nicht ermitteln, wie viele Beschäftigte betroffen sind. Manche der unteren Tarifgruppen dürften nur für relativ wenige, gering qualifizierte Mitarbeiter gelten. Aber in etwa einem Dutzend Wirtschaftszweigen sind tarifliche Niedriggehälter relativ weit verbreitet, dort sehen jeweils mehr als 20 Prozent der Vergütungsgruppen Stundengehälter von weniger als 8,50 Euro vor. Dazu zählen beispielsweise das private Verkehrsgewerbe, die Leiharbeit, das Maler- und Lackierer- sowie das Fleischerhandwerk, die Gebäudereinigung, das Hotel- und Gaststättengewerbe oder der Erwerbsgartenbau. Im Bewachungsgewerbe, dem Friseurhandwerk, in der Floristik und bei den Saisonkräften in der Landwirtschaft liegt der Anteil der Vergütungsgruppen unter 8,50 Euro sogar bei 50 bis 100 Prozent.

Da in solchen Branchen nur wenige Beschäftigte Mitglied der Gewerkschaft sind, ist deren Verhandlungsmacht gering. Außerdem stehen die Tarifgehälter dort auch deshalb unter starkem Druck, weil viele Betriebe nicht tarifgebunden sind. Hier kann die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen helfen. Doch die führe „mittlerweile im historischen wie im internationalen Vergleich ein Schattendasein“, so Bispinck. Seit Anfang der 1990er-Jahre sank die Zahl der allgemeinverbindlichen Tarifverträge um ein Viertel. Heute sind lediglich 1,5 Prozent der Tarifverträge allgemeinverbindlich, und nur wenige davon enthalten Entgeltregelungen. Der Schwund habe viel mit der zunehmend restriktiven Haltung der Arbeitgeberverbände zu tun, denen die aktuelle Gesetzeslage im entscheidenden Tarifausschuss de facto eine Vetoposition einräume, so der Forscher.

Gewisse Fortschritte konstatiert das WSI-Tarifarchiv bei der Festsetzung von tariflichen Mindestgehältern nach dem Arbeitnehmerentendegesetz. Die Regelung, die lange Zeit nur auf dem Bau Anwendung fand, wurde in den vergangenen Jahren auf ein knappes Dutzend Branchen ausgeweitet. „Die Entwicklung ist positiv. Aber mehr als ein Flickenteppich, der manche Branchen abdeckt, andere nicht, ist bisher nicht entstanden“, sagt Bispinck.

Um das Tarifsystem zu stützen, hält der WSI-Experte daher Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlicherklärung für unerlässlich. Die meisten Betriebsräte sehen das ähnlich: 83 Prozent befürworteten in der WSI-Befragung eine Allgemeinverbindlicherklärung der Vergütungstarifverträge in ihrer Branche.

*Reinhard Bispinck: Niedriggehälter und der Flickenteppich von (unzureichenden) Mindestgehältern in Deutschland, WSI Report Nr. 4, Oktober 2010. Download:

http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_4_10.pdf

Infografiken zum Download im Böckler Impuls 17/2010:

http://www.boeckler.de/32014_109811.html#link

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck

Leiter WSI-Tarifarchiv

Tel.: 0211-7778-232

E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

04.11.2010

WSI-Tarifarchiv:

Tarifliches Weihnachtsgeld – Zwischen Stagnation und (kräftigem) Zuwachs

Die Wirtschaftskrise macht sich auch beim tariflichen Weihnachtsgeld bemerkbar: In sieben von 23 untersuchten Tarifbereichen gibt es in diesem Jahr keine Steigerung des tariflichen Weihnachtsgeldes. Dazu gehören die chemische Industrie, die Metallindustrie, das Bankgewerbe und das Hotel- und Gaststättengewerbe. Auch in der Landwirtschaft, im Steinkohlenbergbau und im Groß- und Außenhandel blieb der tariflich vereinbarte feste Eurobetrag für das Weihnachtsgeld unverändert.

In den übrigen Bereichen variiert der Zuwachs der tariflichen Jahressonderzahlung zwischen 1,2 Prozent (öffentlicher Dienst) und 5,7 Prozent (Stahlindustrie). Dies entspricht bezogen auf die mittlere Vergütungsgruppe einem Zuwachs zwischen 10 und 128 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung in einer Auswertung von Tarifverträgen aus 23 Branchen.

„Dort, wo die Tarifabschlüsse mitten in der Krise erfolgten und Pauschalzahlungen beinhalten, blieben die tariflichen Sonderzahlungen unverändert – so zum Beispiel in der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie“, stellt der Leiter des WSI-Tarifarchivs Dr. Reinhard Bispinck fest. In der Stahlindustrie sind dagegen die Tarifvergütungen im Januar um 2 Prozent und im Oktober noch einmal um 3,6 Prozent gestiegen mit entsprechender Wirkung auf die Sonderzahlung.

Beispiele für die Anhebung der Sonderzahlung aus verschiedenen Branchen (mehr Informationen in der Tabelle):

- Im *öffentlichen Dienst* (Gemeinden – West) sind Urlaubs- und Weihnachtsgeld schon seit längerem zu einer Jahressonderzahlung zusammengefasst. Diese steigt in der mittleren Entgeltgruppe um 26 Euro (1,2 Prozent) auf 2.158 Euro.
- Im *Bauhauptgewerbe* (West) klettert das Weihnachtsgeld in der mittleren Lohngruppe um 31 Euro (2,3 Prozent) auf 1.380 Euro.
- Bei der *Deutschen Bahn AG* beträgt der Anstieg 40 auf 2018 Euro (2,0 Prozent).
- Im *Einzelhandel* NRW steigt der Gehaltsbetrag um 1,5 Prozent (20 Euro) auf 1.338 Euro.
- Im *Versicherungsgewerbe* erhält ein/e Angestellte/r in der mittleren Entgeltgruppe mit 2.050 Euro ein Plus von 50 Euro oder 2,5 Prozent.
- In der *Textilindustrie* Westfalen und Osnabrück steigt der Betrag in der mittleren Lohngruppe um 68 auf 1.912 Euro, ein Plus von 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- In der *Druckindustrie* bekommt ein Arbeiter in der mittleren Lohngruppe 45 Euro oder 2,0 Prozent mehr an Weihnachtsgeld, nunmehr sind es 2.335 Euro.

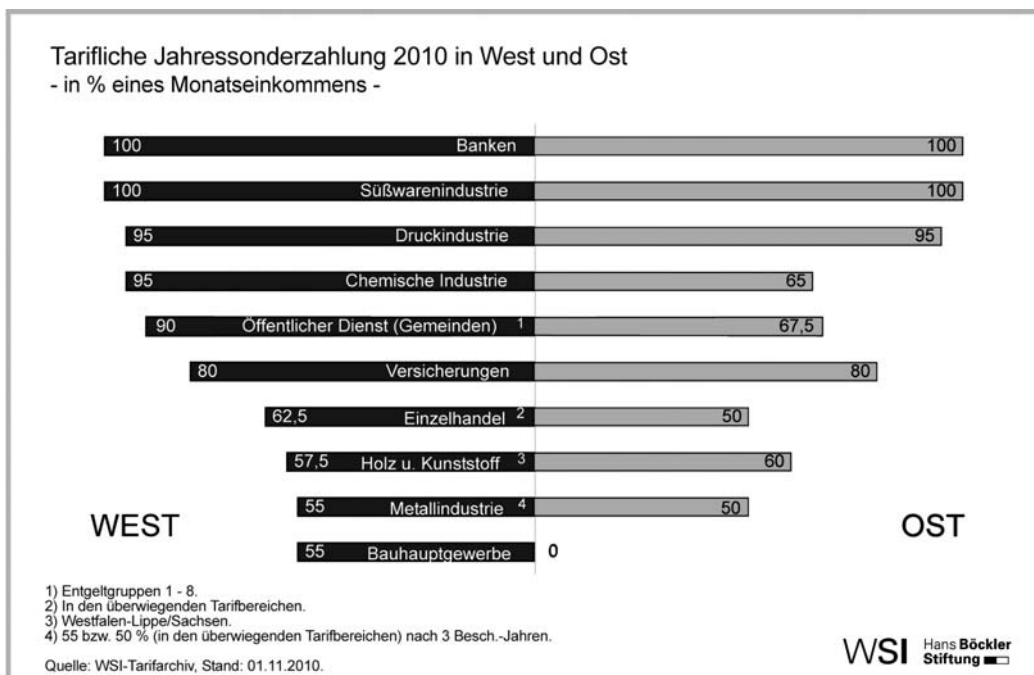
Tarifliche Jahressonderzahlung 2010 - mittlere Vergütungsgruppe (Endstufe) -

Tarifbereich	West			Ost		
	2010	Steigerung zu 2009		2010	Steigerung zu 2009	
	€	€	%	€	€	%
Bauhauptgewerbe	L: 1.380	31	2,3	-	-	-
Chemische Industrie Nordrhein/Ost	E: 2.711	0	-	E: 1.715	0	-
Deutsche Bahn AG Konzern	E: 2.018	40	2,0	E: 2.018	40	2,0
Druckindustrie	L: 2.335	45	2,0	L: 2.335	45	2,0
Einzelhandel NRW/Brandenburg	G: 1.338	20	1,5	G: 1.054	15	1,4
Metallindustrie Nordwürtt. Nordbaden/Sachsen	E: 1.392	0	-	E: 1.123	0	-

Öffentlicher Dienst Gemeinden	E: 2.158	26	1,2	E: 1.618	19	1,2
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück/ Ost	L: 1.912	68	3,7	E: 1.149	41	3,7
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E: 2.050	50	2,5	E: 2.050	50	2,5

E = Entgelt G = Gehalt L = Lohn. Siehe auch die Fußnoten in der ausführlichen Tabelle.
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: November 2010

Grundsätzlich sehen in den meisten Wirtschaftszweigen die geltenden Tarifverträge ein Weihnachtsgeld vor, zeigt die Auswertung des WSI-Tarifarchivs. Es wird überwiegend als fester Prozentsatz vom Monatseinkommen berechnet (siehe auch die Grafik und die ausführliche Tabelle im Anhang dieser Pressemitteilung). Die in den einzelnen Tarifverträgen festgelegten Prozentsätze haben sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert.



Ein im Vergleich hohes Weihnachtsgeld erhalten unter anderem die Beschäftigten im Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie, in der westdeutschen Chemieindustrie sowie in der Druckindustrie (95 bis 100 Prozent eines Monatseinkommens). Darunter liegen unter anderem die Bereiche Versicherungen (80 Prozent), Einzelhandel (West) (62,5 Prozent) sowie Metallindustrie (West) (55 Prozent). Im öffentlichen Dienst (Gemeinden, West) beträgt das Weihnachtsgeld je nach Vergütungsgruppe zwischen 60 und 90 Prozent. In vielen Bereichen haben die Beschäftigten in den neuen Ländern mittlerweile gleichgezogen.

Weniger als ihre KollegInnen im Westen erhalten die Ost-Beschäftigten z. B. in den Bereichen Chemie (65 Prozent), öffentlicher Dienst (Gemeinden 45 - 67,5 Prozent) und Metallindustrie (50 Prozent). Kein Weihnachtsgeld erhalten unter anderem die Beschäftigten im Gebäudereinigerhandwerk und im Bauhauptgewerbe Ost.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Tarifliche Jahressonderzahlung 2010 in West und Ost

- in % eines Monateinkommens -

Tarifbereich	West	Ost
	Anspruch in %	Anspruch in %
Landwirtschaft Bayern/Mecklenburg-Vorpommern	Arb.: 250 €	256 € ¹
Steinkohlenbergbau alle West-Bereiche	2.156 € ²	-
Energieversorgung NRW (GWE-Bereich)/Ost (AVEU)	50 - 100 ³	100
Eisen- und Stahlindustrie (außer Saarland)/Ost	110 ⁴	110 ⁴
Chemische Industrie Nordrhein/Ost	95 ⁵	65 ⁵
Metallindustrie	25 - 55 ⁶	20 - 50 ⁷
Kfz-Gewerbe	10 - 55 ^{8,9}	20 - 50 ⁸
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe/Sachsen	57,5 ¹⁰	60
Papier u. Pappe verarbeitende Industrie West (Ang.: Hessen)/Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	95	95
Druckindustrie (Ang.: Schleswig-Holstein/Hamburg)	95	95
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück/Ost	100	60
Bekleidungsindustrie	82,5	tarifloser Zustand
Süßwarenindustrie	100 ¹¹	100
Bauhauptgewerbe	Arb.: 93 GTL ^{12, 13} Ang.: 55 ¹³	- ¹⁴ - ¹⁴
Großhandel NRW/Sachsen-Anhalt	434 €	256 €
Einzelhandel	62,5 ¹⁵	50 ¹⁶
Deutsche Bahn AG Konzern ¹⁷	100	100
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen/Thüringen	30 - 40	400 € ^{18, 19}
Bankgewerbe	100 ²⁰	100 ²⁰
Versicherungsgewerbe	80	80
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern/Sachsen	50	499 €
Gebäudereinigerhandwerk Arbeiter	-	-
Öffentlicher Dienst Gemeinden	60 - 90 ²¹	45 - 67,5 ²¹

Fußnoten siehe nächste Seite

- 1) Zuzüglich 7,70 € pro Betriebszugehörigkeitsjahr.
- 2) Davon 156 € bei Urlaubsantritt.
- 3) Zahlung einer 14. Vergütung von 1.000/500 € (Garantiebetrag) für bis zum 30.06.06/ab 01.07.06 beschäftigte AN. Weitere Ausgestaltung durch Betriebsparteien (dabei Änderung des Garantiebetrages für ab 01.07.06 eingestellte AN möglich).
- 4) Inkl. Urlaubsgeld.
- 5) Änderung durch BV auf max. 125/95 % bzw. mind. 80/50 % (West/Ost) eines ME möglich.
- 6) Osnabrück 27,5 - 57,5 %, Südwürttemberg-Hohenzollern/Südbaden 30 - 60 %.
- 7) Berlin (Ost)-Brandenburg 25 - 55 %.
- 8) Regional unterschiedlich.
- 9) Zum Teil regional erfolgsabhängige Gestaltung durch BV möglich.
- 10) Möglichkeit durch freiwillige BV die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 37,5 - 77,5 % von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes abhängig zu machen.
- 11) Durch freiwillige BV kann die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 70 - 130 % an den Unternehmenserfolg gekoppelt werden; Verschiebung des Auszahlungszeitpunkts des variablen Teils möglich.
- 12) GTL = Gesamttarifstundenlohn.
- 13) Zahlbar je zur Hälfte im November und April.
- 14) Berlin-Ost gleiche Regelung wie West.
- 15) Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen: 60 %.
- 16) Berlin-Ost 52,5 %.
- 17) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG; ohne Lokomotivführer.
- 18) Spedition und Güterverkehr.
- 19) Zahlbar jew. 50 % im Juni und November.
- 20) Möglichkeit durch freiwillige BV die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 90 - 120 % vom Unternehmenserfolg abhängig zu machen (gilt nicht für Genossenschaftsbanken); Verschiebung der Auszahlung des variablen Teils in die ersten 6 Mon. des darauf folgenden Kalenderjahres möglich.
- 21) Zuzüglich 25,56 €/Kind (Besitzstandssicherung).

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 01.11.2010

01.10.2010

Service des WSI-Tarifarchivs

Tarifrunde 2011: Die Kündigungstermine

Die Tarifrunde 2010 geht zu Ende: Nach dem Stahlabschluss werden noch die Vergütungstarifverträge in einigen Bereichen des privaten Verkehrsgewerbes, des Reisebürogewerbes und einigen kleineren Industriebereichen verhandelt. Dann richtet sich die Aufmerksamkeit bereits auf die Tarifrunde 2011.

Insgesamt laufen von Ende 2010 bis Ende 2011 die Einkommenstarifverträge für rund 7,5 Millionen Beschäftigte aus. Wann in welchem Bereich verhandelt wird, zeigt der tarifliche Kündigungsterminkalender, den das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung jetzt vorlegt.

- Ende Dezember 2010 laufen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Länder) aus.
- Ende Januar 2011 folgt die Volkswagen AG.
- Ende Februar 2011 endet die Laufzeit der Verträge in der chemischen Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz. Die übrigen Regionen folgen Ende März und April.
- Ende März folgen das Bauhauptgewerbe, die Druckindustrie, das Versicherungsgewerbe und einige Regionen des Einzel- und des Großhandels und der Süßwarenindustrie
- Weitere Bereiche des Einzel- und Großhandels stehen Ende April und Mai auf der Tagesordnung. Auch in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie und in der Systemgastronomie wird Ende April verhandelt.
- Im zweiten Halbjahr 2011 folgen zahlreiche weitere Branchen, darunter das Maler- und Lackiererhandwerk, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Gebäudereinigung und verschiedene Handwerksbereiche.

Der ausführliche Überblick (siehe das pdf-Dokument im Anhang dieser Pressemitteilung) informiert über die Kündigungstermine auch in zahlreichen weiteren Branchen bis ins Jahr 2013 hinein. In der Tabelle ist auch ausgewiesen, für wie viele Beschäftigte die jeweiligen Verträge ausgehandelt werden.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck

Leiter WSI-Tarifarchiv

Tel.: 0211-7778-232

E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Kündigungs-termin	Gewerk-schaft	Tarifbereich	Zahl der Arbeit-nehmer
30.09.10	NGG	Hotel - und Gaststättengewerbe Bayern	115.200
	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Bayern	104.700
	ver.di	Reisebürogewerbe West und Ost	70.800
	IG BCE	Kunststoff verarbeitende Industrie Ost ohne Berlin-Ost und Brandenburg	32.800
31.10.10	IG BCE	Feinkeramische Industrie Nord- u. Westdeutschland, Baden-Württemberg, Bayern	22.100
	IG BCE ver.di	Tarifgruppe RWE	20.000
30.11.10	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	139.800
	IG BAU ver.di	Wohnungswirtschaft West und Ost	70.000
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg	19.700
	IGM	Eisen- und Stahlindustrie Saarland	13.200
	IG BCE	Papierindustrie Ost	6.100
31.12.10	ver.di	Öffentlicher Dienst Länder West und Ost (ohne Berlin), Sparten-TV „Nahverkehr“ Schleswig-Holstein	634.300
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Bremen/Bremerhaven, Baden-Württemberg, Sachsen	110.600
	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen, (Speditionen und Logistik) Berlin, Brandenburg	71.800
	ver.di	Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften mbH West und Ost	48.200
	IG BCE	Steinkohlenbergbau Ibbenbüren, Ruhr, Saar	27.300
	ver.di	Private Energieversorgung Baden-Württemberg	25.000
	IG BCE ver.di	Tarifgemeinschaft Vattenfall Europe	16.000
	ver.di	Helios-Kliniken GmbH, Akutkliniken	15.000
	NGG	Brauereien Schleswig-Holstein/Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern, Bremen/Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen	13.000
	IG BCE	Feinkeramische Industrie Ost	5.700
31.01.11	IGM	Volkswagenwerk AG	91.000
	ver.di	Stationierungstreitkräfte (inkl. Anhänge)	23.900

Kündigungsterminkalender für die Lohn- und Gehaltsrunden 2010 - 2013

Kündigungs-termin	Gewerk-schaft	Tarifbereich	Zahl der Arbeit-nehmer
28.02.11	IG BCE	Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz	262.400
	IGM	Textilindustrie West	66.100
	ver.di	Ersatzkassen-Tarifgemeinschaft West und Ost	40.700
	IGM	Bekleidungsindustrie West	36.300
31.03.11	IG BAU	Bauhauptgewerbe West und Ost, Bauten- und Eisenschutzgewerbe West	566.600
	ver.di	Einzelhandel Hessen, Saarland, Baden-Württemberg	440.900
	IG BCE	Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-West	254.800
	ver.di	Druckindustrie West und Ost	174.400
	ver.di	Versicherungsgewerbe West und Ost	161.500
	ver.di	Groß und Außenhandel Baden-Württemberg	127.000
	IGM	Textilreinigungsgewerbe West und Ost	44.200
	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Rheinland-Pfalz	26.600
	NGG	Süßwarenindustrie Schleswig-Holstein/Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern	22.200
	IGM	Textilindustrie Ost	11.800
	IG BAU	Naturstein- und Naturwerksteinindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz/Saarland	9.600
	ver.di	Energieversorgung Südwest, Energiewirtschaftliche Unternehmen Hessen (AVE Hannover)	8.300
	IG BAU	Steine-Erden-Industrie Hessen	7.000
	IG BAU	Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportbetonindustrie Ost	5.000
IG BAU	Beton- und Fertigteilindustrie Sachsen	5.000	
30.04.11	ver.di	Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Limburg-Weilburg, Rheinland-Pfalz, Bayern	1.217.400
	ver.di	Groß- und Außenhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen/ Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Rheinhessen, Pfalz, Saarland, Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	936.300
	IGM	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen/Bremen, Westfalen-Lippe, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen, Sachsen	217.300
	NGG	Systemgastronomie West und Ost	60.400
	IG BCE	Chemische Industrie Saarland, Ost	41.900
	IG BAU	Steine-Erden-Industrie Baden-Württemberg, Thüringen	26.000

Kündigungsterminkalender für die Lohn- und Gehaltsrunden 2010 - 2013

Kündigungstermin	Gewerkschaft	Tarfbereich	Zahl der Arbeitnehmer
Fortsetzung 30.04.11	ver.di	Genossenschaftlicher Großhandel Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	19.700
	ver.di	Energieversorgung Bayern	2.600
	IG BAU	Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk Ost	2.100
31.05.11	ver.di	Einzelhandel Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	183.900
	IG BCE ver.di	Tarifgemeinschaft Energie (u. a. E.ON)	25.000
	NGG	Süßwarenindustrie Niedersachsen/Bremen, Berlin-West	8.200
	IG BAU	Betonsteinindustrie Nordrhein-Westfalen	8.000
	IGM	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Berlin/Brandenburg	6.700
	IG BCE	Mineralölverarbeitung Shell Deutschland GmbH	4.000
30.06.11	ver.di	Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg	168.100
	IG BAU	Maler- und Lackiererhandwerk Arb. West und Ost	107.900
	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Hessen	53.400
	IG BAU	Steine-Erden-Industrie (alle Fachbereiche außer Ziegelindustrie) und Betonsteinhandwerk Bayern	ca. 40.000
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Berlin	35.000
	ver.di	Privatkrankenanstalten Bayern	9.700
	IG BCE ver.di	Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	9.000
	NGG	Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	4.000
IG BCE	Mineralölverarbeitung ExxonMobil	3.400	
31.07.11	IG BCE	Kunststoff verarbeitende Industrie Bayern	67.400
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen	45.900
	NGG	Bäckerhandwerk Bayern	39.400
	IG BAU	Kalksandsteinindustrie West und Ost	7.000
	NGG	Süßwarenindustrie Rheinland-Pfalz	1.400
31.08.11	IG BAU	Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau West und Ost	68.000
	IG BAU IG BCE	Ziegelindustrie West (ohne Bayern), Ost	9.700
	NGG	Bäckerhandwerk Saarland	2.800

Kündigungsterminkalender für die Lohn- und Gehaltsrunden 2010 - 2013

Kündigungs-termin	Gewerk-schaft	Tarifbereich	Zahl der Arbeit-nehmer
30.09.11	IG BCE	Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg	55.400
	IG BAU	Kautschukindustrie West und Ost	42.700
	ver.di	Technikerkrankenkasse West und Ost	11.300
	NGG	Fleischerhandwerk Hessen	9.900
	NGG	Bäckerhandwerk Thüringen	7.100
	IG BAU	Zement- und Dämmstoffindustrie Nord, Nordrhein-Westfalen, Ost	6.600
	IG BAU	Ziegelindustrie Bayern	4.000
31.12.11	IG BAU	Gebäudereinigerhandwerk Arb. West und Ost	341.400
	ver.di	Deutsche Post AG West und Ost	128.000
	ver.di	Ortskrankenkassen (AOK) West und Ost	40.600
	IG BCE ver.di	Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)	21.000
	IG BCE	Kunststoff verarbeitende Industrie Hessen	19.700
	NGG	Süßwarenindustrie Ost	7.700
	ver.di	Tarifgemeinschaft der medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK/MDS) West und Ost	7.100
	ver.di	Unternehmensgruppe Damp, Dampfzentrale Service GmbH	6.100
	IG BAU	Erwerbsgartenbau Bayern	5.000
	IG BAU	Schilder- und Lichtreklameherstellerhandwerk West und Ost	4.600
IG BAU	Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk Bayern	3.500	
31.01.12	IGM	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Hamburg	1.500
	ver.di	Öffentlicher Dienst Sparten-TV „Nahverkehr“ Saar	1.000
29.02.12	ver.di	Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, Bundesagentur für Arbeit, Bundeseisenbahnvermögen jeweils West und Ost, Sparten-TV „Nahverkehr“ Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen	1.301.400
	ver.di	Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) West und Ost	258.500
	NGG	Bäckerhandwerk Nordrhein-Westfalen	30.800
31.03.12	IGM	Metall- und Elektroindustrie West und Ost	3.236.800
	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Baden-Württemberg (o. Südbaden), Südbaden	78.700
	IG BAU	Erwerbsgartenbau Nord, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz/Saarland	18.700
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen-Anhalt	14.100
	NGG	Brot- und Backwarenindustrie Schleswig-Holstein/Hamburg, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg	11.900

Kündigungsterminkalender für die Lohn- und Gehaltsrunden 2010 - 2013

Kündigungs-termin	Gewerk-schaft	Tarifbereich	Zahl der Arbeit-nehmer
30.04.12	IGM	Kfz-Gewerbe West und Ost (ohne Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Rheinessen, Saarland)	280.100
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	103.300
	NGG	Fleischerhandwerk Bayern	30.200
	NGG	Brot- und Backwarenindustrie Bayern, Ost und Berlin-West	9.400
31.05.12	IGM	Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen, Saarland	71.600
30.07.12	IG BAU	Floristik West	17.600
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Brandenburg	15.700
31.08.12	ver.di	Papier und Pappe verarbeitende Industrie West und Ost	74.300
	NGG	Bäckerhandwerk Schleswig-Holstein/Hamburg, Rheinland-Pfalz	17.500
30.09.12	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe (Güterkraftverkehr, Speditionen) Hamburg	27.200
	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein	22.500
31.10.12	ver.di	Privates Verkehrsgewerbe Schleswig-Holstein	21.000
31.12.12	IGM	Kfz-Gewerbe Rheinland-Rheinessen	11.300
28.02.13	NGG	Hotel- und Gaststättengewerbe Niedersachsen	40.900
30.04.13	IG BAU	Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	3.300
31.10.13	DGB-Tarifge-mein-schaft	Zeitarbeit (BZA) West und Ost	280.000
	DGB-Tarifge-mein-schaft	Zeitarbeit (iGZ) West und Ost	220.000

28.09.2010

Online-Umfrage von www.lohnspiegel.de:

Großhandelskaufleute – mit Tarifvertrag verdienen sie mehr

Das Bruttomonatseinkommen von Großhandelskaufleuten beträgt auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.592 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals www.lohnspiegel.de, das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Rund 1.500 Großhandelskaufleute haben sich daran beteiligt. „Unsere Daten ergeben ein differenziertes Bild von der Einkommenssituation dieser Berufsgruppe nach Berufserfahrung, Betriebsgröße und auch Geschlecht.“, sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. „Mit **Tarifvertrag** verdienen die Großhandelskaufleute deutlich mehr: im Schnitt erhalten sie 2.881 Euro und damit 374 Euro mehr als die Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifbindung, die auf 2.508 Euro kommen“.

Die Auswertung kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Berufserfahrung: Berufserfahrung zahlt sich aus. Das Monatseinkommen von Großhandelskaufleuten mit weniger als fünf Jahren Berufserfahrung beträgt im Schnitt 1.988 Euro, bei 10 bis 14 Jahren Berufserfahrung steigt es auf rund 2.617 Euro und bei über 20 Jahren Berufserfahrung klettert es auf rund 3.196 Euro (siehe Grafik).

Betriebsgröße: In Betrieben mit unter 100 Beschäftigten beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen der Großhandelskaufleute 2.471 Euro. In Betrieben mittlerer Größe klettert es im Durchschnitt auf 2.708 Euro und in Betrieben mit über 500 Beschäftigten ist der Durchschnittsverdienst mit 2.952 Euro am höchsten.

West – Ost: Während eine Großhandelskauffrau oder ein Großhandelskaufmann in Westdeutschland durchschnittlich 2.612 Euro erhält, bekommt sie/er in Ostdeutschland 2.431 Euro. In den neuen Bundesländern verdienen damit Großhandelskaufleute 7 Prozent weniger als ihre Kollegen/innen in den alten Bundesländern.

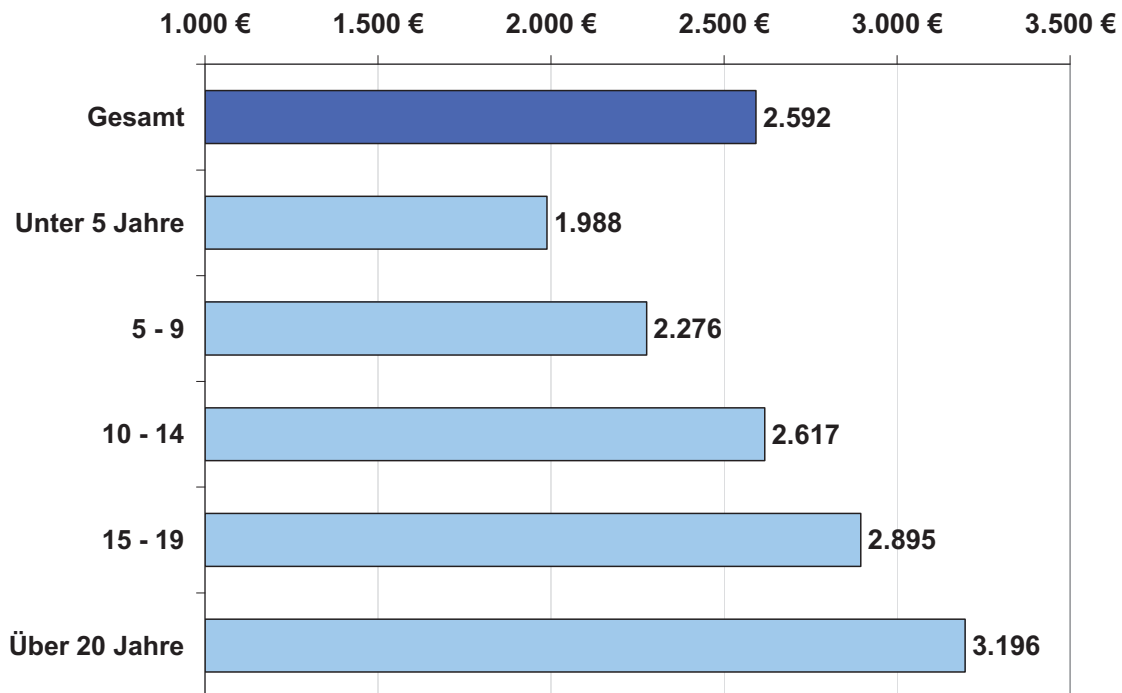
Frauen – Männer: Frauen verdienen als Großhandelskauffrauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Durchschnitt liegt ihr Einkommen mit 2.273 Euro 16 Prozent unter dem der Männer mit 2.705 Euro.

Überstunden: Rund 59 Prozent der Großhandelskaufleute arbeiten im Allgemeinen mehr als vertraglich vereinbart. Circa 47 Prozent davon bekommen dafür eine entsprechende Bezahlung oder Freizeitausgleich, knapp 53 Prozent erhalten keine Überstundenvergütung.

Das Projekt „LohnSpiegel“ erhebt und analysiert die Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland. Es ist Bestandteil des internationalen Wage-Indicator-Netzwerks, an dem Projekte aus mehr als 40 Ländern mit gleicher Zielrichtung beteiligt sind. Die LohnSpiegel-Daten werden im Rahmen einer kontinuierlichen Online-Erhebung ermittelt, an der sich die Besucherinnen und Besucher der Webseite „www.lohnspiegel.de“

freiwillig und anonym beteiligen können. Zurzeit bietet der LohnSpiegel einen **Gehalts-Check** für rund **280 Berufe**.

Monatsverdienst von Großhandelskaufleuten nach Berufserfahrung



Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank – www.lohnspiegel.de

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Dr. Heiner Dribbusch
Tel.: 0211/7778-217
E-Mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

02.09.2010

Untersuchung des WSI-Tarifarchivs

Trend zu Einmalzahlungen kann Löhne von Preis- und Produktivitätsentwicklung abkoppeln

Pauschal- und Einmalzahlungen haben im vergangenen Jahrzehnt bei Tarifabschlüssen an Bedeutung gewonnen. Verdrängen sie aber dauerhafte Lohnerhöhungen, bringt das den Beschäftigten Einkommensverluste. Die Lohnentwicklung bleibt dann zunehmend hinter der Preis- und Produktivitätssteigerung zurück – mit negativen Wirkungen für die Konsumnachfrage der Arbeitnehmer. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung aus dem Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans Böckler-Stiftung.*

Zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalen sind ein seit langem etabliertes Instrument der Tarifpolitik. Sie erfüllen vielfältige Funktionen, schreibt Dr. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs – verteilungspolitische, aber auch technische. So nutzten die Tarifparteien Einmalzahlungen, wenn sich die Verhandlungen lange hingezogen haben. Mit einer einmaligen Pauschale lässt sich dann kompensieren, dass die Beschäftigten nach dem Auslaufen des alten Vertrages länger auf eine prozentuale Tarifierhöhung warten mussten. Für die so genannten „Verzögerungsmonate“ gibt es einen konkreten Euro-Betrag.

Auch die von Arbeitgebern oft gewünschte lange Laufzeit eines Vertrages wird für Arbeitnehmer attraktiver, wenn die Betriebe auf die prozentuale Tariflohnerhöhung noch eine Einmalzahlung drauflegen. Zusätzliche einmalige Zahlungen sind zudem ein Weg, um die Beschäftigten an einer außergewöhnlich guten Gewinnsituation zu beteiligen. Und bisweilen bildet eine Pauschale on Top sogar eine soziale Komponente in einem Vertragswerk: Gemessen an ihrem Gesamtlohn haben Geringverdiener den höchsten Zuwachs, wenn alle Beschäftigten den gleichen Euro-Betrag erhalten.

Arbeitgeber und ihre Verbände schätzen Einmalzahlungen jedoch auch als Ersatz für dauerhafte, so genannte tabellenwirksame Tarifierhöhungen – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Je höher der Einmal-Anteil ausfällt, desto näher kommen Arbeitgeberverbände „ihrem Ziel von stärker variablen und rückholbaren Einkommenssteigerungen“, analysiert Bispinck. Arbeitgeber argumentieren, dass die Beschäftigten mehr Geld im Portemonnaie haben, die Betriebe aber nicht dauerhaft belastet werden. „Doch was in einer tiefen Wirtschaftskrise seinen Sinn haben kann, taugt nicht für wirtschaftlich normale Zeiten“, warnt Bispinck. Wer Einmalzahlungen zum Patentrezept stilisiert, blende eklatante Risiken für gesellschaftliche Einkommensverteilung und binnenwirtschaftliche Nachfrage aus.

Tarifabschlüsse, die ausschließlich Einmalzahlungen vorsehen, sind bislang selten. Zuletzt gab es einzelne, sie waren jedoch von der Wirtschaftskrise geprägt und oft mit qualitativen Vereinbarungen verbunden, etwa zur Beschäftigungssicherung.

Jenseits von spektakulären Ausnahmen beobachten die Experten des WSI-Tarifarchivs jedoch eine „schleichende“ Verschiebung von tabellenwirksamen Erhöhungen zu einmaligen Zahlungen. Das liegt vor allem an einem Trend zu längeren Laufzeiten. Bispinck skizziert die Entwicklung so: Bis in die 1990er

Jahre hinein galten Tarifverträge meist für gut ein Jahr, die tabellenwirksame Tarifierhöhung trat unmittelbar oder relativ bald nach dem Abschluss in Kraft. Pauschale Zahlungen dienten lediglich dazu, die – wenigen – Verzögerungsmonate auszugleichen. Doch mittlerweile ist dieses lange Zeit typische Muster eher die Ausnahme. Zwischen 2000 und 2010 lag die durchschnittliche Laufzeit der neu abgeschlossenen Verträge meist bei mehr als 20 Monaten. In der Wirtschaftskrise stieg sie sogar auf gut zwei Jahre. Und seit 2006 ist auch die durchschnittliche Zahl der Verzögerungsmonate deutlich gestiegen. Bei den Neuabschlüssen der vergangenen Jahre dauerte es im Mittel fünf bis zehn Monate, bis die dauerhafte Prozent-Erhöhung einsetzte (siehe auch die Info-Grafiken im Böckler Impuls und in der Studie des Tarifarchivs ab S. 4; Links unten).

All diese Faktoren erhöhen das relative Gewicht von Einmalzahlungen am Tarifabschluss – sofern denn für die Verzögerungszeit überhaupt ein Ausgleich bezahlt wird. Selbst in den wirtschaftlich guten Jahren der letzten Dekade enthielt laut WSI-Analyse etwa jeder zehnte Neuabschluss Übergangszeiten ganz ohne Kompensation, in schlechten Jahren galt das sogar für rund die Hälfte der neuen Tarifabschlüsse.

Doch auch wenn Zahlungen fließen – auf längere Sicht erleiden Beschäftigte ohne einen tabellenwirksamen Anstieg ihrer Tarifeinkommen spürbare Einkommensverluste. Das zeigt Bispinck in einer Modellrechnung: Ein Beschäftigter mit 2000 Euro Monatsbrutto, der statt einer tabellenwirksamen Erhöhung um zwei Prozent eine Einmalzahlung von 480 Euro erhält, steht im ersten Jahr noch gleich gut da. Doch schon im zweiten Jahr fällt sein Einkommen deutlich niedriger aus. Und der Abstand vergrößert sich mit jeder weiteren Lohn-erhöhung, weil Zins- und Zinseszins-effekte bei Einmalzahlungen entfallen. Die Entwicklung der Verbraucherpreise macht hingegen keine Pause – sie steigen nicht befristet, sondern kontinuierlich.

Dass derartige Einkommensrückstände zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgeholt werden könnten, erweist sich nach Erfahrung des Wissenschaftlers „regelmäßig als unrealistisch“. Pauschalen und Einmalzahlungen trügen vielmehr dazu bei, die Lohnentwicklung von Preis- und Produktivitätssteigerungen zu entkoppeln, warnt Bispinck. Sie sollten daher künftig lieber eine kleinere als eine größere Rolle in der Tarifpolitik spielen und „wieder auf ihre ursprüngliche Funktion zurückgeführt werden, die (wenigen) Verzögerungsmonate zu Beginn der Laufzeit zu überbrücken.“

*Reinhard Bispinck u.a.: Tarifliche Pauschal- und Einmalzahlungen. Praxis, Risiken und Nebenwirkungen. Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 69. Juli 2010. Download:

[http://www.boeckler.de/pdf/p ta elemente pauschal und einmalzahlungen.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_ta_elemente_pauschal_und_einmalzahlungen.pdf)

Infografiken zum Download im Böckler Impuls 12/2010:

http://www.boeckler.de/32014_108685.html

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

31.08.2010

WSI: „Schock nach EuGH-Urteil überwunden“

Tariftreue-Regelungen erleben Comeback – neun Bundesländer haben oder planen neue Gesetze

Tariftreue-Regelungen, nach denen der Staat nur Anbieter beauftragen darf, die sich an die örtlichen Tarifverträge halten, erleben ein Comeback. Die meisten Bundesländer wollen die Vergabe öffentlicher Aufträge wieder an die Einhaltung von Tarifstandards koppeln. Einige Länder legen darüber hinaus auch vergabespezifische Mindestlöhne fest. Eine aktuelle Übersicht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung stellt die neue Entwicklung dar.*

„Die meisten Bundesländer haben den `Rüffert-Schock` überwunden“, sagt Dr. Thorsten Schulten, Tarifexperte im WSI. Im so genannten Rüffert-Fall hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) im April 2008 überraschend die Tariftreue-Vorschriften des damaligen niedersächsischen Vergabegesetzes als Verstoß gegen die europäische Dienstleistungsfreiheit gewertet. In der Folge hatten die zehn Bundesländer, in denen bereits Tariftreuegesetze existierten oder konkrete Gesetzesinitiativen vorlagen, ihre Regelungen ausgesetzt. Doch nun zeigt eine aktuelle WSI-Übersicht eine Gegen-Bewegung: „Immer mehr Länder versuchen, die Spielräume für soziale Kriterien auszuloten, um bei der öffentlichen Vergabe faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen“, beobachtet Schulten.

Vier Bundesländer – Bremen, Berlin, Hamburg und Niedersachsen – haben bereits eine europarechtskonforme Neugestaltung ihrer Tariftreuegesetze vorgenommen. In weiteren fünf – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen – liegen Gesetzentwürfe für Neuregelungen vor oder wurden für den Herbst 2010 angekündigt. Auch die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, ein Tariftreuegesetz zu entwickeln. Damit könnten in naher Zukunft knapp zwei Drittel aller Bundesländer über eigene Regelungen zur Tariftreue verfügen, prognostiziert Schulten. Das wären mehr, als vor der EuGH-Entscheidung.

Die neue Dynamik zeigt nach Schultens Analyse, dass viele Landesregierungen einen Ausweg aus dem durch das EuGH-Urteil entstandenen Dilemma suchen. Denn Vergabeordnungen machen normalerweise den günstigsten Preis zum zentralen Auswahlkriterium. „Ohne Tarif- und Sozialstandards würde daher ausgerechnet der Staat durch seine Auftragsvergaben die weitere Erosion des Tarifvertragssystems beschleunigen, da er gezwungen ist, nicht-tarifgebundenen Unternehmen einen strukturellen Wettbewerbsvorteil einzuräumen“, erklärt der Wissenschaftler.

Um ihre Gesetzesnovellen europarechtskonform zu gestalten, setzen die Länder an drei unterschiedlichen Punkten an:

- Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz. Die Bestimmungen zur Tariftreue sehen Folgendes vor für Branchen, die unter das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) fallen: Öffentliche Aufträge dürfen hier nur an Unternehmen vergeben werden, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens die branchenspezifischen Mindestlöhne zu zahlen. Solche Mindestlöhne gibt es in derzeit zehn

Wirtschaftszweigen, etwa auf dem Bau, im Gebäudereinigerhandwerk, der Abfallwirtschaft und dem Pflege-Sektor. Indem sie auf das AEntG verweisen, reagieren die Gesetzgeber auf einen zentralen Einwand aus der EuGH-Entscheidung: Danach hätte Niedersachsen die Einhaltung des örtlichen Tarifs nur dann vorschreiben dürfen, wenn dieser durch eine staatliche Allgemeinverbindlicherklärung für alle gegolten hätte. Experten erwarten, dass die Mindestentgelte nach dem AEntG seltener unterlaufen werden, wenn öffentliche Auftraggeber diese einfordern und kontrollieren.

- Sonderregel Verkehrssektor. In den meisten Bundesländern mit Tariftreue-Regelung wird für den Verkehrssektor eine umfassende Tariftreueerklärung verlangt, die sich in der Regel auf den jeweils repräsentativen Tarifvertrag bezieht. Diese Möglichkeit ergibt sich aus der im EU-Vertrag festgelegten europarechtlichen Sonderstellung des Verkehrssektors, für den das Ruffert-Urteil des EuGH nicht gilt.
- Vergabespezifischer Mindestlohn. Außerdem sind einige Bundesländer dazu übergegangen, ihre Tariftreue-Regelung durch einen vergabespezifischen Mindestlohn zu flankieren. So können in Berlin und Bremen Unternehmen einen öffentlichen Auftrag nur dann erhalten, wenn sie sich verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens 7,50 Euro pro Stunde brutto zu zahlen. Liegen die Tariflöhne der betreffenden Branche höher, müssen diese eingehalten werden. „Diese doppelte Absicherung ist besonders effektiv, weil es gerade in Ostdeutschland in manchen Bereichen nach wie vor auch sehr niedrige Tariflöhne gibt“, sagt Schulten.

* Die Auswertung und weitere umfangreiche Materialien zum Thema Tariftreue und Mindestlöhne hat das WSI-Tarifarchiv auf <http://www.tariftreue.de> zusammengestellt.

Infografik zum Download im Böckler Impuls 12/2010:
http://www.boeckler.de/32014_108687.html

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung

Dr. Thorsten Schulten
WSI-Experte für europäische Tarifpolitik
Tel.: 0211-7778-239
E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

05.08.2010

WSI-Halbjahresbilanz

Deutlicher Rückgang der Arbeitskämpfe im ersten Halbjahr 2010

Im ersten Halbjahr 2010 ist die Zahl der Streikenden und der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage im Vergleich zur ersten Hälfte 2009 deutlich zurückgegangen. Mit rund 86.000 Streikenden hat sich die Zahl der an Streiks und Warnstreiks beteiligten Beschäftigten gegenüber dem Vergleichszeitraum auf weniger als ein Drittel verringert. Dies zeigt die Halbjahresbilanz zur Arbeitskämpfentwicklung, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt. Das Arbeitskämpfvolumen schätzt das WSI für die ersten sechs Monate des Jahres 2010 auf rund 140.000 wegen Streik und Warnstreik ausgefallene Arbeitstage. Auch dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den 350.000 Streiktagen im ersten Halbjahr 2009. „Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise dürften ein wesentlicher Grund dafür sein, dass im ersten Halbjahr weniger gestreikt wurde“, sagt der WSI-Arbeitskampfperte Dr. Heiner Dribbusch.

Der deutliche Rückgang des Arbeitskämpfvolumens, so der WSI-Experte, ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass es in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie in diesem Jahr vor dem Hintergrund der krisenhaften Branchensituation zu vorgezogenen Verhandlungen und noch vor Auslaufen des alten Tarifvertrages zur Einigung kam. In der zeitlich fast parallel laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen wurde zwar erst über eine Schlichtung ein Ergebnis erzielt, doch waren die verhandlungsbegleitenden Warnstreiks in diesem Jahr erheblich weniger umfangreich als in den Jahren zuvor. Die rasche Einigung im öffentlichen Dienst verminderte auch die Zahl von Folge- und Partizipationsstreiks in den an den öffentlichen Dienst angelehnten Bereichen. Gleichwohl stellen die an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst beteiligten Beschäftigten etwa 70 Prozent aller Streikenden im ersten Halbjahr.

Die Zahl der Streiks wird von der amtlichen Statistik nicht erfasst. Doch erkennt Dribbusch auch hier Anzeichen für einen erheblichen Rückgang. Ein Indikator ist, dass dem Vorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im ersten Halbjahr 2010 lediglich 59 Anträge auf Arbeitskämpfmaßnahmen vorlagen, während es im gleichen Zeitraum des Vorjahres mit 118 exakt doppelt so viele waren.

Nach wie vor dominierten unter den Einzelstreiks Konflikte um Firmen- und Haustarifverträge, bilanziert Dribbusch. Die spektakulärste dieser Auseinandersetzungen war der über mehr als drei Monate andauernde, von Aussperrung und Streik begleitete Arbeitskämpf um die Einrichtung eines Betriebsrates und einen Haustarifvertrag im *Betonwerk Westerwelle* in Herford. Dagegen blieben umfangreiche Arbeitsniederlegungen auf Grund von Restrukturierungen und Verlagerungen aus, was nicht zuletzt daran lag, dass es keine spektakulären Werks- und Betriebsschließungen gab. Auch im potenziellen, von

Demonstrationen während der Arbeitszeit begleiteten Großkonflikt bei *GM Opel* wurde vorerst eine Verhandlungslösung gefunden.

Der, abgesehen von den Warnstreiks im öffentlichen Dienst, größte Arbeitskampf war die dreiwöchige Tarifauseinandersetzung im Mai und Juni zwischen den im Marburger Bund (MB) organisierten Ärztinnen und Ärzten an kommunalen Krankenhäusern und dem Verband Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Nach wie vor nicht abgeschlossen ist der seit 2009 ungelöste, immer wieder von Streikaktionen begleitete Tarifkonflikt um einen ärztespezifischen Tarifvertrag des MB bei der *Deutschen Rentenversicherung*. Im übrigen gab es vergleichsweise wenig Streikaktivitäten seitens der Berufsgewerkschaften. Im Konflikt zwischen *Lufthansa* und Vereinigung Cockpit (VC) kam es nur zu kurzen Streiks. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hatte einige eng begrenzte Auseinandersetzungen mit verschiedenen regionalen Privatbahnen.

Mit Blick auf das zweite Halbjahr schließt Dribbusch Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit der Stahltarifrunde nicht aus. Eine weitere Unbekannte ist die Zahl und Dauer betrieblicher Konflikte. Insgesamt sei aus heutiger Sicht jedoch nicht damit zu rechnen, dass 2010 das Vorjahresvolumen von 400.000 arbeitskampfbedingten Ausfalltagen erreicht wird.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Heiner Dribbusch

WSI

Tel.: 0211-7778-217

E-Mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

08.07.2010

WSI-Tarifarchiv zieht Zwischenbilanz

Tarife steigen jahresbezogen um durchschnittlich 1,7 Prozent

Die Tarifabschlüsse im 1. Halbjahr 2010 liegen deutlich unter denen des Vorjahres. In vielen Bereichen wurden dauerhafte Tarifsteigerungen verschoben und für die ersten Monate der Laufzeit nur Pauschalzahlungen vereinbart. Im Durchschnitt beträgt die Laufzeit der Abschlüsse mehr als zwei Jahre. In einigen Branchen wurden zusätzliche Regelungen zur Beschäftigungssicherung und Übernahme von Auszubildenden vereinbart. Dies ergibt sich aus der aktuellen Halbjahresbilanz*, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung vorlegt.

Rechnet man die diesjährigen Tarifabschlüsse für rund 7,1 Mio. Beschäftigte mit ihren unterschiedlichen Laufzeiten auf das Jahr um, dann ergibt sich eine vorläufige jahresbezogene Tarifsteigerung von nominal 1,2 Prozent. Für die 7,0 Mio. Beschäftigten mit länger laufenden Abschlüssen aus dem Vorjahr ergibt sich für 2010 sogar eine jahresbezogene Tarifsteigerung von 2,3 Prozent. **Insgesamt errechnet sich aus diesen Daten für das Jahr 2010 für gut 14 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche nominale Tarifsteigerung von 1,7 Prozent.** Diese Tarifsteigerung ist also von den relativ besseren Abschlüssen des vergangenen Jahres maßgeblich mitbestimmt.

„Angesichts der nach wie vor großen Beschäftigungsrisiken haben sich vor allem die Industriegewerkschaften in dieser Tarifrunde aus guten Gründen vor allem auf Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung konzentriert“, sagt Dr. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs. „Allerdings wäre es falsch, einen künstlichen Gegensatz zwischen Beschäftigungssicherung einerseits und Lohnerhöhungen andererseits zu konstruieren“, so der Tarifexperte. Die vielfach geforderte bessere Balance zwischen erfolgreicher Exportwirtschaft und dynamischer Entwicklung des Binnenmarktes sei ohne dauerhafte und spürbare Reallohnsteigerungen nicht zu erreichen.

Tarifsteigerung 2010 ¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,2	-	2,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,3	2,1	2,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,1	3,4	2,2
Investitionsgütergewerbe	1,0	0,8	0,9
Verbrauchsgütergewerbe	1,5	1,6	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,3	3,9	2,4
Baugewerbe	2,4	2,7	2,5
Handel	2,5	2,4	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,3	2,6	2,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,7	1,7	1,7
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,4	3,2	2,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,8	1,0	0,9
Gesamte Wirtschaft	1,7	2,0	1,7

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2010 gegenüber 2009

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010 Stand: 20.6.2010

* R. Bispinck/WSI-Tarifarchiv, Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2010, Informationen zur Tarifpolitik, Juli 2010

**Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost
für das Jahr 2010**

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
18.02.2010	Metallindustrie Nordrhein-Westfalen (Pilotabschluss)	320 € Pauschale insg. für Mai 2010 - März 2011 2,7 % ab 01.04.11, Laufzeit bis 31.03.12
27.02.2010	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	1,2 % ab 01.01.10 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.11 0,5 % Stufenerhöhung ab 01.08.11 240 € Einmalzahlung im Januar 2011 Laufzeit bis 29.02.12
05.03.2010	Kautschukindustrie	nach 13 Nullmonaten (Dez. 2009 - Dez. 2010) 2,1 % ab 01.01.11 200 € Pauschale im April 2010 170/190 € Pauschale für Beschäftigte ohne/im 3-Schichtbetrieb, Laufzeit bis 30.09.11
21.04.2010	Chemische Industrie	550 € Pauschale insg. für 11 Monate, Laufzeit regional unterschiedlich bis 03/04/05/2011
10.05.2010	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	0,6 % ab 01.06.10 nach einem Nullmonat (Mai) 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.10 1,9 % Stufenerhöhung ab 01.07.11 0,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.12. Laufzeit bis 30.04.12
10.05.2010	Deutsche Seehafenbetriebe	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 1,0 % ab 01.08.10 550 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2011, Laufzeit bis 31.05.11
20.05.2010	Papier verarbeitende Industrie	nach 6 Nullmonaten (Mai - Oktober) 1,3 % ab 01.11.10 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.05.11 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.03.12 Laufzeit bis 31.08.12
31.05.2010	Hotels und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 2 Nullmonaten (Juni und Juli) 2,0 % ab 01.08.10 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.11, Laufzeit bis 30.04.12
10.06.2010	Bankgewerbe	300 € Pauschale insg. für Mai - Dezember 1,6 % ab 01.01.11, Laufzeit bis 29.02.12
23.06.2010	Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	2,6 % ab 01.07.10, Laufzeit bis 30.06.11

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Juni 2010

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

01.06.2010

Überblick über 22 Wirtschaftszweige

Meist 30 Tage Urlaub und bis zu 2.023 Euro für die Urlaubskasse - In Krisenbetrieben fällt das Urlaubsgeld oft geringer aus

Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bis zu 30 Tage Urlaub und erhalten Urlaubsgeld – einen Rechtsanspruch gibt es darauf allerdings nur, wenn die Tarifverträge entsprechende Regelungen vorsehen. Die Höhe der tariflich vereinbarten Urlaubsextras fällt je nach Branche sehr unterschiedlich aus: Zwischen 155 und 2.023 Euro bekommen Beschäftigte in der mittleren Lohn- und Gehaltsgruppe in diesem Jahr als tarifliches Urlaubsgeld (ohne Berücksichtigung von Zulagen/Zuschlägen, bezogen auf die Endstufe der Urlaubsdauer). Das zeigt die aktuelle Auswertung für 22 Wirtschaftszweige, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung vorlegt. Am wenigsten Geld für die Urlaubskasse bekommen Beschäftigte in der Landwirtschaft und im Steinkohlenbergbau. Die höchsten Zahlungen erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer u. a. in der Holz- und Kunststoffverarbeitung, in der Druckindustrie sowie in der Metallindustrie (Branchendaten siehe Grafik und Tabellen im Anhang auf den folgenden Seiten).

Verglichen mit 2009 ist das tarifliche Urlaubsgeld in 13 der untersuchten Branchen gleich geblieben, in neun Bereichen dagegen angestiegen, zum Beispiel:

- In der *Metallindustrie* in Nordwürttemberg/Nordbaden erhalten die Beschäftigten ein Plus von 35 Euro (1.746 Euro). In Sachsen steigt der Betrag um 32 Euro auf 1.549 Euro.
- In der *Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie* Westfalen-Lippe gibt es für die Angestellten mit 2.023 Euro insgesamt 30 Euro mehr als im Vorjahr, bei den Arbeiter/innen sind es 25 Euro mehr (auf 1.710 Euro).
- In der *Druckindustrie* beträgt das Plus für die Arbeiter/innen in West und Ost gleichermaßen 33 Euro (auf 1.701 Euro).
- Im *Versicherungsgewerbe* steigt das Urlaubsgeld um 32 Euro auf 1.282 Euro.

Im Westen ist das Urlaubsgeld vielfach höher als in Ostdeutschland. Im öffentlichen Dienst und in der Stahlindustrie gibt es kein gesondertes tarifliches Urlaubsgeld. Es wird mit dem Weihnachtsgeld zu einer einheitlichen Jahressonderzahlung zusammengefasst. Auch im Bankgewerbe und in der Energiewirtschaft gibt es kein tarifliches Urlaubsgeld. Für die Beamtinnen und Beamten gibt es keine tarifliche Urlaubsgeldregelung. Hier gelten die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der Beamtenbesoldung für den Bund und für die einzelnen Länder.

Aufgrund der scharfen Wirtschaftskrise sind auch die tariflichen Sonderzahlungen in vielen Betrieben unter Druck geraten. Nach einer Online-Erhebung des WSI-Projekts LohnSpiegel bei 10.000 Beschäftigten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres fiel in 8 Prozent aller Betriebe das Urlaubsgeld geringer aus als im Vorjahr. Legt man nur die von der Krise aktuell betroffenen Betriebe zugrunde, traf dies für 12 Prozent der Betriebe zu.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Oft etwas mehr für die Urlaubskasse

Tarifliches Urlaubsgeld in der mittleren Vergütungsgruppe¹

Holz und Kunststoff Westf.-Lippe ² /Sachsen	West	2.023 €
	Ost	1.233 €
Metall Nordwürtt.- Nordbaden/Sachsen		1.746 €
		1.549 €
Druckindustrie ³		1.701 €
		1.701 €
Versicherungen		1.282 €
		1.282 €
Einzelhandel NRW/Brandenburg		1.054 €
		935 €
Bauhauptgewerbe ³ (ohne Berlin)		1.007 €
		903 €
Textil Westf., Osnabrück/ Bundesgebiet Ost		648 €
		280 €
Chemie		614 €
		614 €
Süßwaren		414 €
		267 €
Landwirtschaft Bayern ³ /Meckl.-Vorp.		195 €
		155 €
Steinkohlenbergbau Ruhr		156 €

1) Endstufe, 2) Nur Gehalt, 3) Nur Lohn

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 30. April 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Tariflicher Urlaub und Urlaubsgeld West 2010*

Tarifbereich	Personen- gruppe	Urlaub in Arbeitstagen	Urlaubsgeld- anspruch	Urlaubsgeld mittl. Gruppe _E in €
Landwirtschaft Bayern	Arb. Ang.	23 - 26 25 - 30	7,50 €/UT ¹ 7,50 €/UT ¹	195 225
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	AN 30		-	-
Steinkohlenbergbau Ruhr	Arb. Ang.	30 30	156 € 156 €	156 156
Eisen- und Stahlindustrie NRW	Arb. Ang.	30 30	110 % ME ² 110 % ME ²	2.068 ² 2.313 ²
Chemische Industrie Nordrhein	AN 30		20,45 €/UT	613,50
Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	AN	30	50 % UE	1.746
Kfz-Gewerbe NRW	AN	30	50 % UE	1.217
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	Arb. Ang.	30 30	56 % UE 56 % UE	1.710 2.023
Papier verarbeitende Industrie Bundesgebiet West Westfalen	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 50 % UE	1.467 1.825
Druckindustrie Bundesgebiet West	Arb.	30	50 % des Tages- verdienstes/UT	1.701
NRW	Ang.	30	"	1.701
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	Arb./ Ang.	30	648 €	648
Bekleidungsindustrie Bayern	Arb./Ang.	30	425 - 564 €	425 - 564
Süßwarenindustrie	AN 30		13,80 €/UT	414
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	Arb. Ang.	30 30	25 % UE 24 €/UT	1.007,25 720
Großhandel NRW	Arb. Ang.	30 30	643,55 €	643,55
Einzelhandel NRW	Arb./Ang.	25 - 30	50 % ME ³ 1.054	
Deutsche Bahn AG Konzern ⁴	AN	25 - 29	409,03 € ⁵ 409,03	⁵
Bankgewerbe	AN 30		-	-
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	AN	30	50 % ME	1.282
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern	AN	25 - 30	200/240 €	240
Gebäudereinigerhandwerk West, Berlin-Ost	Arb.	28 - 30 ⁶	1,85 Tarifstd.- Löhne/UT ⁷	639 - 684
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden	AN	26 - 30	-	-

ME = Monatsentgelt UE = Urlaubsentgelt UT = Urlaubstage

* Ohne Berücksichtigung von abweichenden Regelungen für Auszubildende.

1) In Betrieben mit 5 AT/W.

2) Inkl. Weihnachtsgeld, Jahresabschlussvergütungen etc.

3) Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar (Bezugsgehalt für 2010 = 2.108 €).

4) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG.

5) Ohne Lokomotivführer.

6) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.

7) Nach 6 Mon. BZ.

Tariflicher Urlaub und Urlaubsgeld Ost 2010*

Tarfbereich	Personen- gruppe	Urlaub in Arbeitstagen	Urlaubsgeld- anspruch	Urlaubsgeld mittl. Gruppe _E in €
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	Arb./Ang.	20 - 30	5,15 €/UT	154,50
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	AN 30		-	-
Eisen- und Stahlindustrie	Arb. Ang.	30 30	110 % ME ¹ 110 % ME ¹	2.068 ¹ 2.313 ¹
Chemische Industrie	AN 30		20,45 €/UT	613,50
Metallindustrie Sachsen	AN	30	50 % UE	1.549
Kfz-Gewerbe Thüringen	AN	28	50 % UE	1.240
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen	AN	28	50 % UE	1.233
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 2,3 % ME/UT	1.462 1.696
Druckindustrie Bundesgebiet Ost	Arb.	30	50 % des Tages- verdienstes/UT	1.701
Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	Ang.	30	"	1.798
Textilindustrie Bundesgebiet Ost	Arb./Ang. 30		280 €	280
Süßwarenindustrie	AN	26 - 29	9,20 €/UT	266,80
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-Ost)	Arb. Ang.	30 30	25 % UE 24 €/UT	903,39 720
Großhandel Sachsen-Anhalt	Arb. Ang.	30 30	332,34/ 409,03 €	332,34/ 409,03
Einzelhandel Brandenburg	Arb./Ang.	25 - 30	45 % ME ²	934,65
Deutsche Bahn AG Konzern³	AN	25 - 29	409,03 € ⁴	409,03 ⁴
Bankgewerbe	AN 30		-	-
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	AN	30	50 % ME	1.282
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	AN	23 - 30	4,98 - 6,32 €/UT	189,60
Gebäudereinigerhandwerk Ost (o. Berlin)	Arb.	28 - 30 ⁵	1,85 Tarifstd.- Löhne/UT ⁶	497 - 533
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden	AN	26 - 30	-	-

ME = Monatsentgelt UE = Urlaubsentgelt UT = Urlaubstage

* Ohne Berücksichtigung von abweichenden Regelungen für Auszubildende.

1) Inkl. Weihnachtsgeld, Jahresabschlussvergütungen etc.

2) Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar (Bezugsgehalt für 2010 = 2.077 €).

3) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG.

4) Ohne Lokomotivführer.

5) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.

6) Nach 6 Mon. BZ.

22.04.2010

WSI-Tarifhandbuch 2010

1990 – 2010: Zwanzig Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland

In den 20 Jahren seit der Herstellung der deutschen Einheit ist es den Gewerkschaften gelungen, in Ostdeutschland ein dichtes Netz von Tarifverträgen zu knüpfen, das in seiner Struktur dem westdeutschen Vorbild gleicht. Auch inhaltlich ist die Angleichung der tariflichen Standards in vielen Bereichen weit vorangekommen. Doch von flächendeckend gleichen tariflichen Einkommens- und Arbeitsbedingungen in West und Ost kann auch nach zwanzig Jahren noch keine Rede sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine Schwerpunktanalyse im neuen WSI-Tarifhandbuch 2010, die die tarifpolitische Entwicklung in Ostdeutschland bilanziert. Das Tarifhandbuch kommt in diesen Tagen auf den Markt.

Zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung weist die **Bilanz der Tarifpolitik** also Licht und Schatten auf. „Das ist weniger ein Ausdruck gewerkschaftlicher Schwäche als vielmehr eine Folge der ökonomischen Verhältnisse“, sagt der Tarifexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Reinhard Bispinck. „Der nach dem industriellen Zusammenbruch zunächst dynamische Aufholprozess ist rasch zum faktischen Stillstand gekommen und die Tarifpolitik hat sich von der zähen wirtschaftlichen Entwicklung nicht abkoppeln können.“

Ein Blick auf die **Entwicklung der wichtigsten Tarifregelungen und -leistungen** zeigt:

- Das **Tarifniveau Ost/West**, also das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen, betrug 1991 rund 60 Prozent und Ende 2009 96 Prozent (siehe Abbildung 2 in der pdf-Version)
- Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** lag im Osten 1991 mit 40,2 gut 2 Stunden höher als im Westen mit 38,1 Stunden. Ende 2009 belief sich die Wochenarbeitszeit auf 38,8 Stunden im Osten und 37,4 Stunden im Westen.
- Der tarifliche **Grundurlaub** beträgt zurzeit im Osten 26,8 Arbeitstage (West: 28,1), der Endurlaub, also die maximal erreichbare Zahl von Urlaubstagen, erreicht 29,5 Arbeitstage (West: 30,1).
- Das tarifliche **Urlaubsgeld**, festgelegt als Prozentsatz des Monats- bzw. Urlaubsentgeltes, hat in vielen Tarifbereichen Westniveau erreicht. Da, wo es als fester Euro-Betrag vereinbart ist, ist es teilweise noch deutlich niedriger.
- Die tarifliche **Jahressonderzahlung** (Weihnachtsgeld) hat in einigen Bereichen ebenfalls Westniveau erreicht, aber auch in größeren Branchen (Metall, Chemie, Einzelhandel, öffentlicher Dienst) bestehen noch Unterschiede.

Dass sich der erreichte tarifliche Angleichungsstand in der Realität nicht 1: 1 niederschlägt, hängt nach Analyse des WSI-Tarifexperten Reinhard Bispinck damit zusammen, dass die **Prägestärke der Tarifverträge in Ostdeutschland** zu schwach ist und im Laufe der Jahre noch abgenommen hat (siehe Abbildung 1 in der pdf-Version).

„Das ist eine Folge der deutlich geringeren Tarifbindung, aber in Ostdeutschland fehlt auch die im Westen über Jahrzehnte gewachsene Tarifkultur“ so der Experte. „Es ist eben im Osten nicht selbstverständlich, dass zu geordneten Ar-

beitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen die tarifliche Regulierung der Einkommens- und Arbeitsbeziehungen gehört.“ Die große Kluft zwischen höheren tariflichen und niedrigeren effektiven Standards von Löhnen, Gehältern und Arbeitszeiten untergräbt die Verbindlichkeit der Tarifnormen. Weniger Bindekraft, mehr unverbindliche Orientierungsfunktion – so lässt sich der Funktionswandel der Tarifverträge in den neuen Ländern umschreiben.

Die **weitere Angleichung** der ostdeutschen tariflichen Arbeits- und Einkommensbedingungen an das West-Niveau und ihre praktische Umsetzung setzen nach Auffassung des WSI zwingend eine Revitalisierung des Tarifvertrages und des gesamten Tarifsystems voraus. Nur wenn es gelingt, die formale Tarifbindung zu erweitern und die inhaltliche Verbindlichkeit von Tarifnormen zu verbessern, besteht eine echte Chance, die noch bestehende Tarifkluft zwischen Ost und West zu verringern.

„Das ist zweifellos eine Aufgabe, der sich die Gewerkschaften in erster Linie selbst stellen müssen“, sagt Bispinck. *„Aber es bleibt auch eine **Herausforderung an die Politik.**“* Zum einen würde ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn helfen, das Einkommensniveau am unteren Rand zu stabilisieren und Spielraum für darauf aufbauende Tarifpolitik zu schaffen. Zum anderen kann die Politik die Reichweite der Tarifverträge selbst verbessern, zum Beispiel durch branchenspezifische Mindestlöhne auf Basis des Entsendegesetzes, durch ein erleichtertes Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen oder auch durch die Einführung von Tariftreuegesetzen bei öffentlichen Aufträgen. Solche Maßnahmen hätten bundesweit positive Auswirkungen, so der Wissenschaftler, in Ostdeutschland wären sie aber von besonderer Dringlichkeit.

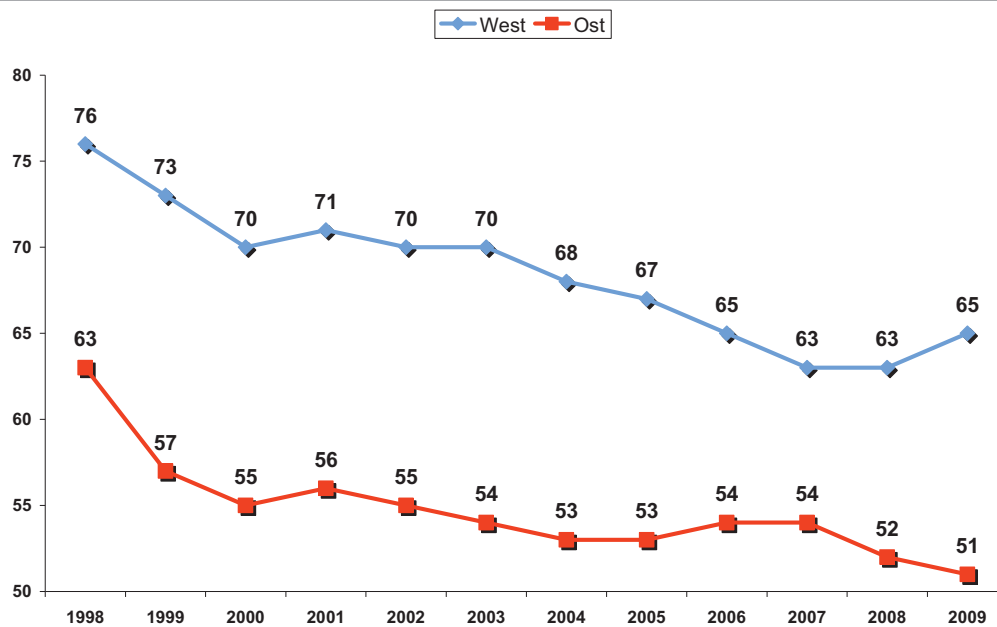
Das **WSI-Tarifhandbuch 2010** informiert darüber hinaus umfassend und aktuell über das Tarifgeschehen in West und Ost, die neueste Tarifrechtsprechung sowie die wichtigsten aktuellen Tarifbestimmungen in 50 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen.

*** Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv, WSI-Tarifhandbuch 2010, Frankfurt/Main, 284 Seiten, 19,90 Euro**

Rezensionsexemplare können Sie bei der Pressestelle bestellen.

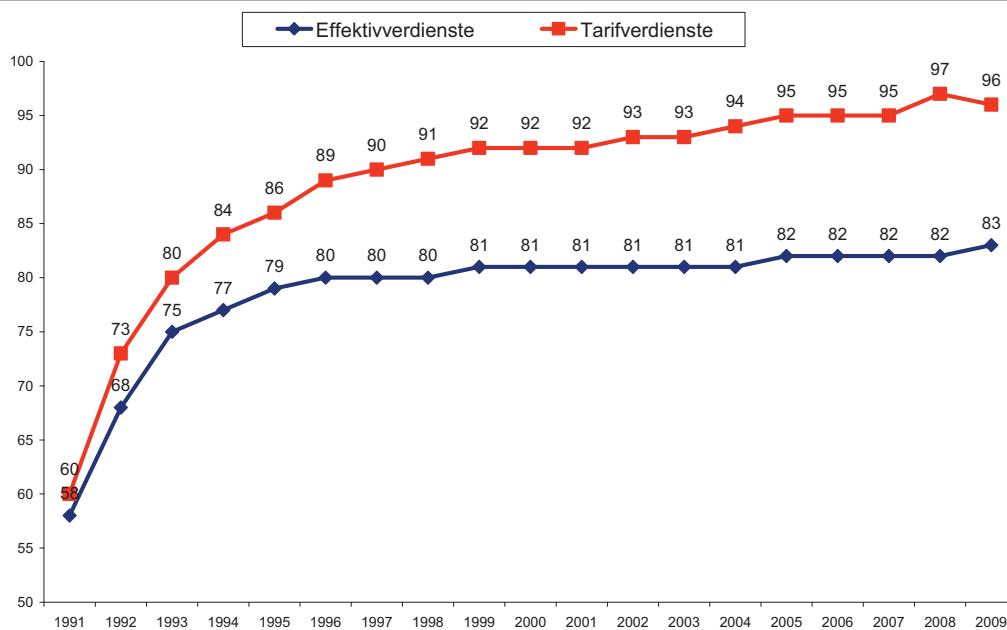
Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung	
Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de	Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Abb. 1: Tarifbindung der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 1998 - 2009



Quelle: IAB

Abb 2: Tarif- und Effektivverdienstniveau Ost/West 1991 - 2009



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Statistische Ämter der Länder

Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland 2009

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochenarbeitszeit in Std.			Urlaub in Arbeitstagen			Urfahrgeld	Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts			Vermögenswirksame Leistung in €/Mon.		
	O	W	0	W	O	W		O	W	0	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	40	40	40	20-30	Arb.: 23-26 Ang.: 25-30		5,15 €/UT	7,50 €/UT	256 €	Arb.: 250 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr			
Energiewirtschaft Ost (AUEU)/NRW (GWE-Bereich)	38	38	38	30	30	30				50-100			
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	35	35	35	30	30	30				110		26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88	
Metal- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55			
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30			50 % UE	50 % UE	20-50	20-50		26,59	
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	30	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59	
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 95 Ang.: 95	95	95	26,59	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	30	30	50 % des Tagesv./UT	50 % des Tagesv./UT	95	95	26,59	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	30	30	270 €	638 €	60	100		20	
Stoffwarenindustrie	39	38	26-29	30	30	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100		26,59 (B.-Württ.)	
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	30	30	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT		Arb.: 93 GTL Ang.: 55		0,13 €/Std. Ang.: 23,52 €	26,59
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	30	30	332,34/409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59	
Einzelhandel Ost/Berlin-West	38 ¹	37	25-30	25-30	25-30	25-30	45 % ² ME	50 % ME	50 ³	62,5	13,29	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern	39	39	25-29	25-29	25-29	25-29	409,03 €	409,03 €	100	100	13,29	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100	100	6,65	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	30	30			variabel	variabel	6,65	6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30	27-30	27-30	27-30		17 €/UT	400 €	176-699 € (W-Geld)	13,29	13,29	39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	30	30			100	100	40	40	40
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	38	38	30	30	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	25-30	25-30	4,98- 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50		19,94	
Gebäudereinigungsgewerbe Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30 Ang.: 30	Arb.: 28-30 Ang.: 30	Arb.: 28-30 Ang.: 30	Arb.: 28-30 Ang.: 30	Arb.: 1,85 TStG/UT	Arb.: 1,85 TStG/UT	Arb.: -	Arb.: -			
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	39	26-30	26-30	26-30	26-30			45-67,5 jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)	60-90	6,65	6,65	6,65

1 Mecklenburg-Vorpommern 39 %.
2 Mecklenburg-Vorpommern 50 %.
3 Berlin-Ost: 52,5 %.

20. April 2010

Im internationalen Vergleich weiter streikarm

WSI-Arbeitskampfbilanz 2010: Wenige Großkonflikte, aber Zunahme betrieblicher Arbeitskämpfe

Etwa 420.000 Beschäftigte haben sich 2009 in Deutschland an Arbeitskämpfen beteiligt. Das sind etwa eine Million Streikende weniger als im Jahr 2008, das von großen Warnstreiks in der Metallindustrie beeinflusst war. Auch die Zahl der geschätzten Ausfalltage lag mit knapp 400.000 unter dem Vorjahresvolumen von rund 540.000 Tagen. Dies zeigt die Jahresbilanz zur Arbeitskampfentwicklung, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt. Trotz der niedrigeren Zahlen hat sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu konfliktreichen Tarifrunden auch im Wirtschaftskrisenjahr 2009 mit zahlreichen Arbeitskämpfen fortgesetzt – die Zahl der Streiks blieb auf dem Niveau des Vorjahres. Das lag vor allem an etlichen kleineren Konflikten um Haustarifverträge in Einzelfirmen, resümiert der WSI-Arbeitskampfspezialist Dr. Heiner Dribbusch. „Diese Form von heftigen Arbeitskämpfen entsteht häufig, wenn Arbeitgeber versuchen, aus dem Tarifsystem auszusteigen“, hat Dribbusch beobachtet. Der zahlenmäßige Rückgang der Streikbeteiligten im vergangenen Jahr kam vor allem dadurch zustande dass einige Großbranchen, darunter die Metallindustrie, bereits 2008 Tarifverträge geschlossen hatten, die auch 2009 umfassten.

Das Tarifjahr 2010 ist in der öffentlichen Wahrnehmung bislang geprägt durch die Tarifrunden in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. In der Metallbranche wurde nicht gestreikt, auch im öffentlichen Dienst blieben die Arbeitskämpfe begrenzt. Insgesamt ist deshalb für 2010 ein geringeres Arbeitskampfvolumen als im abgelaufenen Jahr zu erwarten, schätzt Dribbusch. Dies schließt aber nicht aus, dass es auch in diesem Jahr zu teilweise intensiv geführten Tarifauseinandersetzungen in anderen Branchen kommen kann, und dass wiederum zahlreiche betriebliche Arbeitskämpfe möglich sind.

– Offizielle Streikstatistik mit Lücken –

Die WSI-Analyse bestätigt für 2009 vom Trend her die heute veröffentlichte offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), weicht jedoch bei den Werten erheblich nach oben ab. Die Statistik der BA weist für 2009 lediglich rund 28.000 Streikende aus – gegenüber 154.000 Streikenden 2008. Als Arbeitskampfvolumen registriert die BA für 2009 lediglich rund 64.000 durch Arbeitskämpfe ausgefallene Arbeitstage – gegenüber 132.000 im Jahr 2008 (Daten zum Arbeitskampfvolumen in den vergangenen Jahren in Grafik 1 im Anhang zu dieser PM). „Die offizielle Streikstatistik ist eine wichtige Orientierungsmarke. Aber sie leidet darunter, dass sehr viele Arbeitskämpfe nicht von den Arbeitgebern gemeldet werden. Deshalb bildet sie das Arbeitskampfgeschehen nur lückenhaft ab“, sagt WSI-Arbeitskampfspezialist Dribbusch. „Wir versuchen diese Lücke mit unserer Bilanz zu schließen.“

– Schwerpunkt Dienstleistungsbereich –

Auffallend ist nach Dribbuschs Analyse, dass die größten Arbeitskämpfe 2009 im Dienstleistungsbereich stattfanden, der lediglich indirekt von der Wirtschaftskrise erfasst war. Dies gilt für die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder wie auch für die umfangreichen Streiks im Kita-Bereich. Die große Mehrheit der Streikenden in all diesen Konflikten waren Frauen. Dies gilt auch für den mehrtägigen Streik in der Gebäudereinigung im Oktober 2009.

– Zunahme der Konflikte –

Die Anzahl der Streiks wird von der amtlichen Statistik nicht erfasst. Doch sieht Dribbusch Anzeichen dafür, dass auch 2009 die Zahl der Arbeitskonflikte auf hohem Niveau blieb. Allein die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di musste 2009 über 163 Anträge auf Arbeitskampfmaßnahmen entscheiden. 2008 waren es insgesamt 149, im Jahr 2007 noch lediglich 82 gewesen.

Der Großteil aller Arbeitskämpfe seien Konflikte um Firmen- und Haustarifverträge im privaten Dienstleistungsbereich, bilanziert Dribbusch. Die zunehmende Zersplitterung der Tariflandschaft, Tariffucht und die Weigerung vieler Unternehmen, überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen, seien die wesentlichen Gründe für die Zunahme so genannter „Häuserkämpfe“, erklärt der Wissenschaftler.

Als besonders eklatantes Beispiel nennt der Forscher die Auseinandersetzung von Pflegekräften um einen Tarifvertrag bei der Lippischen Nervenlinik Dr. Spernau in Bad Salzuflen. Nachdem ver.di seit 2008 vergeblich versucht hatte, zu einer Einigung zu gelangen, kam es seit April 2009 immer wieder zu Arbeitsniederlegungen. Diese wurden vom Klinikbesitzer im Sommer mit einer monatelangen Aussperrung von knapp 40 Streikenden beantwortet, die insgesamt mehr als 3.200 Ausfalltage verursachte. Erst im November 2009 kam es mit Hilfe des Landesschlichters in NRW zu einer Einigung über die Wiederaufnahme von Verhandlungen, berichtet Dribbusch.

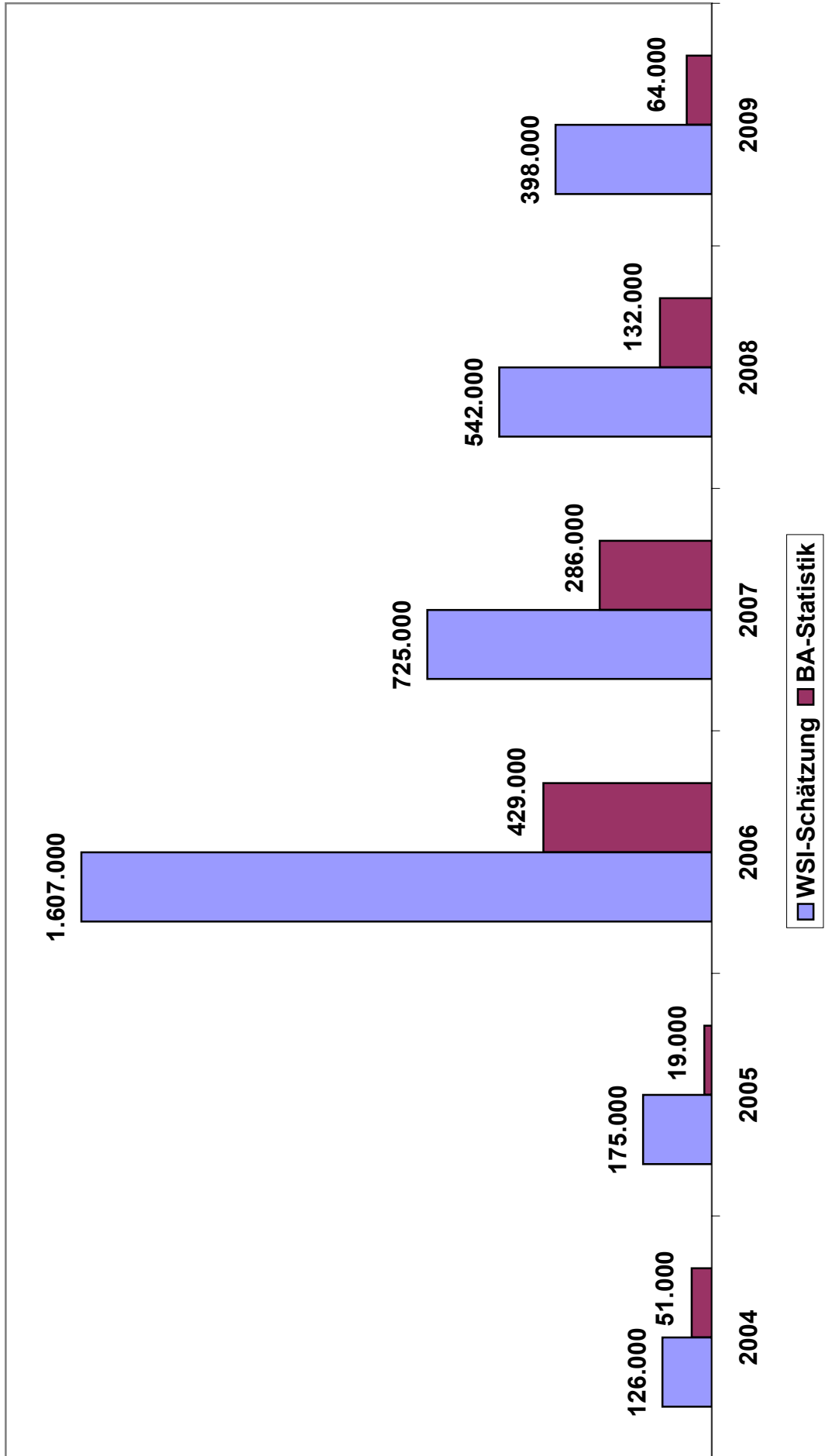
Nur schwer zu erfassen ist das Ausmaß betrieblicher Protestaktionen, vor allem wenn sie keine überregionale Öffentlichkeit erreichen. Am 25. Februar demonstrierten etwa 15.000 Beschäftigte bei Opel im Rahmen eines europäischen Aktionstages für den Erhalt der Werke. Über 10.000 Beschäftigte bei Thyssen Krupp legten am 11. Mai aus Protest gegen geplanten Personalabbau die Arbeit nieder und zwischen 12 und 20.000 Beschäftigte von Daimler in Sindelfingen und anderen Werken streikten an mehreren Tagen in der ersten Dezemberwoche aus Protest gegen geplante Produktionsverlagerungen.

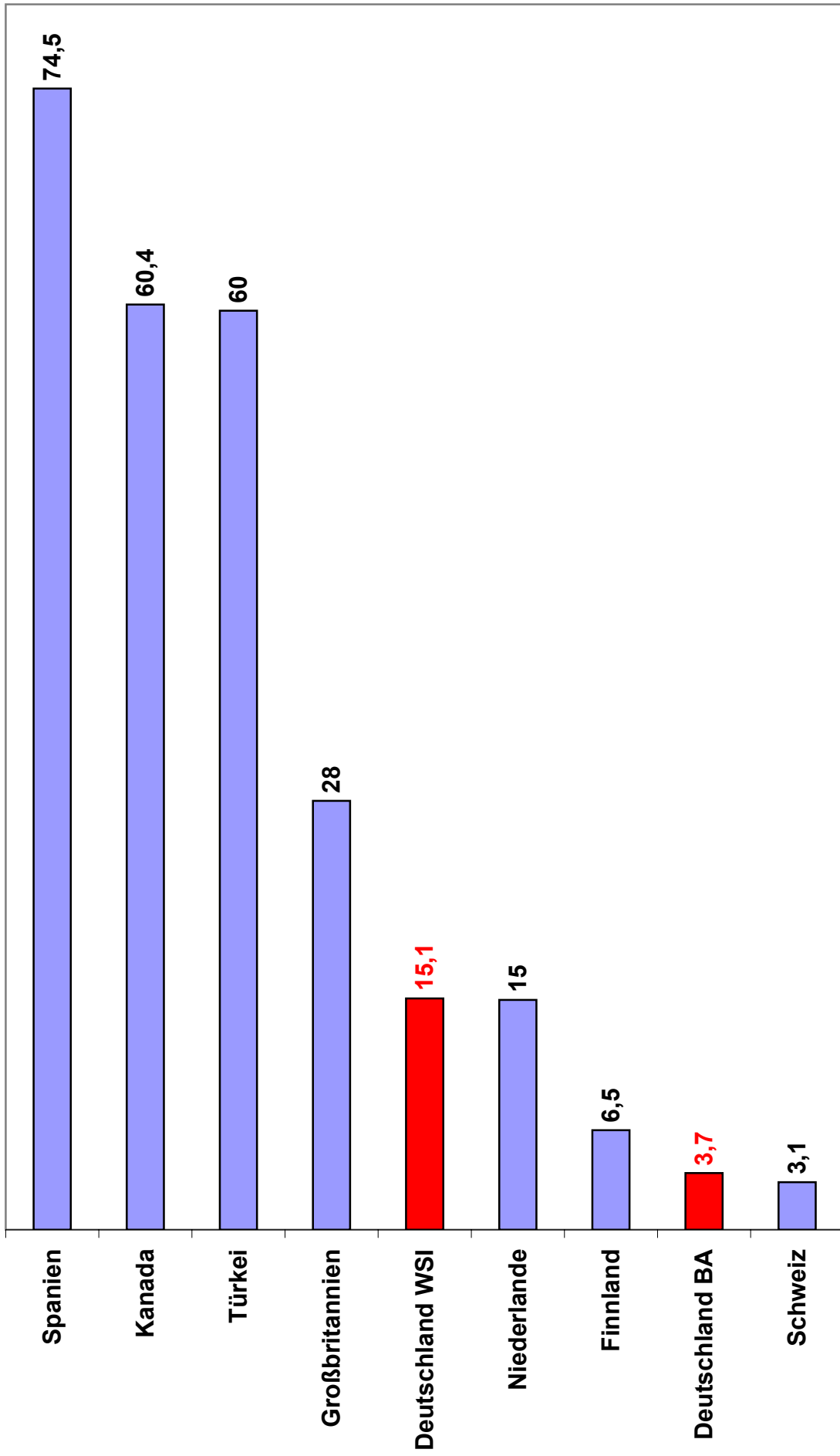
– Deutschland im internationalen Vergleich weiter relativ streikarm –

Ein aktueller internationaler Vergleich der Streikhäufigkeit ist nur eingeschränkt möglich, da selbst die letzten derzeit verfügbaren Vergleichsdaten aus dem Jahr 2008 nur für einige Länder vorliegen (siehe Grafik 2 im Anhang). Deutlich wird aber: Auch auf Basis der höheren WSI-Werte lag Deutschland 2008 beim relativen Streikvolumen weit hinter Ländern wie Kanada, Spanien oder der Türkei und deutlich hinter Großbritannien. Das relative Streikvolumen wird in arbeitskampfbedingten Ausfalltagen pro 1.000 Beschäftigte gemessen.

Mit 15 Ausfalltagen pro tausend Beschäftigte rangierte die Bundesrepublik nach den WSI-Zahlen auf gleichem Niveau wie die Niederlande. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass auch die offiziellen Statistiken anderer Länder teilweise große Lücken aufweisen. Werden die offiziellen Zahlen der Bundesagentur zu Grunde gelegt, lag Deutschland 2008 mit 3,7 Ausfalltagen am unteren Ende der Streikstatistik, kurz vor der Schweiz.

Arbeitskampfbedingte Ausfalltage - WSI-Schätzung und BA-Statistik im Vergleich





15.04.2010

Europäischer Tarifbericht in den WSI Mitteilungen

WSI: Lohnentwicklung in Europa droht deutliche Abschwächung

Im Jahr 2009 sind die Tarflöhne in der Eurozone durchschnittlich um 2,6 Prozent angestiegen. Der Tariflohnzuwachs lag damit deutlich unterhalb der Steigerungsrate von 3,2 Prozent, die im Boomjahr 2008 erzielt wurde, aber oberhalb der Vorjahre 2007 (2,1 Prozent) und 2006 (2,3 Prozent). Zu diesem Ergebnis gelangt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in der aktuellen Ausgabe der WSI Mitteilungen*. Deutschland lag mit einer Tariflohnsteigerung von 2,6 Prozent im europäischen Mittelfeld. Die Spannweite reichte von Finnland mit einer nominalen Tariflohnerhöhung von 3,9 Prozent bis zu Frankreich mit 2,3 Prozent (siehe Abbildung 1).

Nach Ansicht des WSI-Tarifexperten und Autors des Europäischen Tarifberichtes Dr. Thorsten Schulten zeichnet sich für das Jahr 2010 ein noch deutlicherer Rückgang der Tariflohnerhöhungen ab. So ist der Tariflohnindex der Europäischen Zentralbank (EZB) im vierten Quartal 2009 nur noch um 2,1 Prozent angestiegen. „Unter dem Vorzeichen der Krise suchen viele Unternehmen ihr Heil in weiteren Kostensenkungen, während die Beschäftigten umso mehr bereit sind, auf Lohnerhöhungen zu verzichten, wenn sie ihren Arbeitsplatz in Gefahr sehen“, so Schulten. In vielen europäischen Ländern erheben die Arbeitgeber derzeit die Forderung, die Löhne einzufrieren oder treten sogar offen für Lohnkürzungen ein. Hinzu kommt, dass in einigen Ländern – wie das aktuelle Beispiel Griechenland zeigt – die Regierung aufgrund der hohen Haushaltsdefizite unter Druck gerät, die Löhne im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Die aktuelle Krise in Europa hängt nach Ansicht von Schulten auch mit der höchst ungleichen Entwicklung der Löhne innerhalb des letzten Jahrzehnts zusammen. So ist der EZB-Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, der auf Basis der Lohnstückkostenentwicklung ermittelt wird, zwischen 1999 und Herbst 2009 für Deutschland um 13,5 Prozent gestiegen. Damit hat sich die Position der deutschen Exportwirtschaft gegenüber allen anderen europäischen Ländern deutlich verstärkt. Bei wichtigen europäischen Handelspartnern ging die relative preisliche Wettbewerbsfähigkeit zwischen 1999 und 2009 hingegen teilweise deutlich zurück: In Frankreich um 2,7 Prozent, in den Niederlanden um 8,7 Prozent, in Spanien um 11,9 Prozent, in Griechenland um 12,4 Prozent und in Irland um 16,7 Prozent (siehe Abbildung 2).

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hält Schulten den sich abzeichnenden europaweiten Wettlauf um möglichst große Lohnzurückhaltung oder gar -kürzungen für besonders problematisch. „Wollten Länder wie Griechenland, Irland und Spanien heute in ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit Deutschland gleichziehen, so müssten sie theoretisch ihre Löhne auf einen Schlag um mehr als 20 Prozent kürzen.“

*Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI
2009/2010. In: WSI Mitteilungen 4/2010. Download:
http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2010_04_schulten.pdf

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Thorsten Schulten

WSI

Tel.: 0211-7778-239

E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Abbildung 1: Entwicklung der Tariflöhne 2009, in % zum Vorjahr

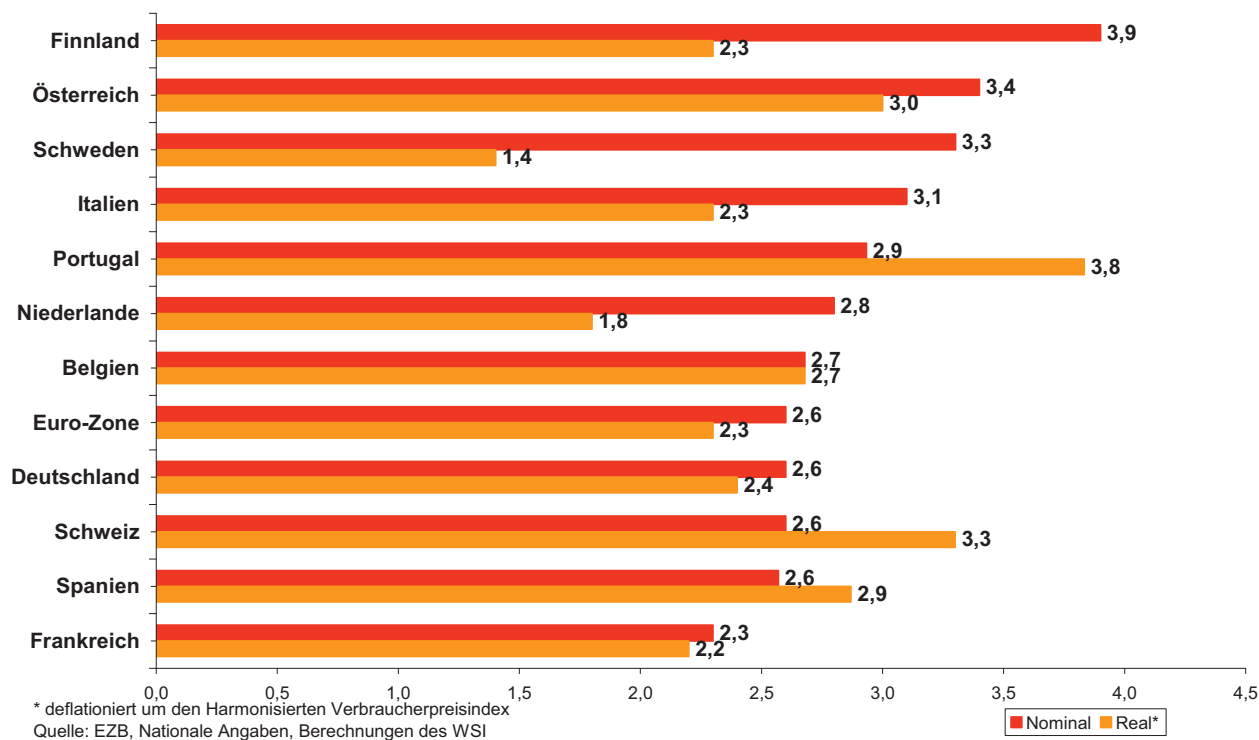
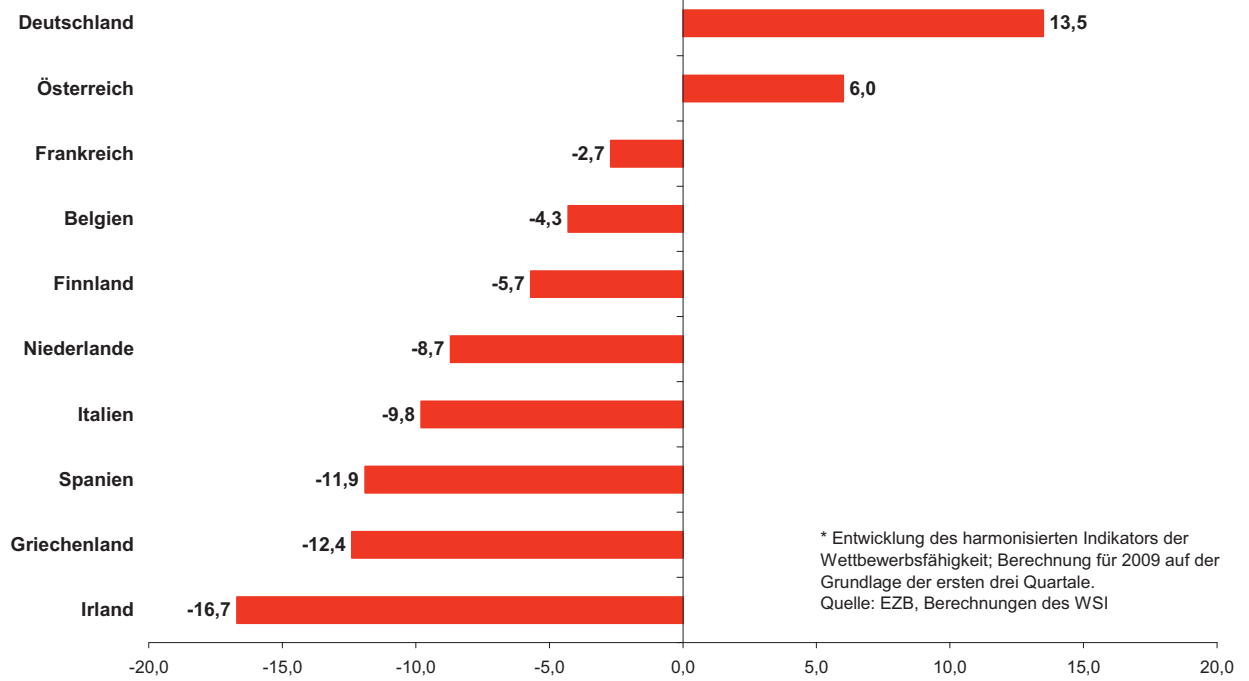


Abbildung 2: Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis der Lohnstückkostenentwicklung 1999-2009 in %*



29.03.2010

Online-Umfrage von www.lohnspiegel.de:

Diplomkaufleute – das höchste Gehalt gibt es in Düsseldorf

Das Bruttomonatseinkommen von Diplom-Kaufmännern/frauen bzw. Diplom-Betriebswirten/innen beträgt auf Basis einer 40-Stunden-Woche durchschnittlich 4.210 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals www.lohnspiegel.de, das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Rund 3.000 Diplomkaufleute haben sich daran beteiligt. „Unsere Daten ergeben ein differenziertes Bild von der Einkommenssituation dieser Berufsgruppe in verschiedenen Branchen und Regionen“, sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. Das durchschnittliche Monatsgehalt reicht von 3.890 € im Bereich unternehmensbezogener Dienstleistungen bis zu 4.713 € im Bankgewerbe. Die höchsten Gehälter für diese Berufsgruppe werden in Düsseldorf gezahlt mit durchschnittlich 4.579 €, gefolgt von München mit 4.521 € und Stuttgart mit 4.320 € (siehe Grafiken im Anhang).

Die Auswertung kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Berufserfahrung: Berufserfahrung zahlt sich aus. Das Monatseinkommen von Diplom-Kaufmännern/frauen bzw. Diplom-Betriebswirten/innen mit weniger als fünf Jahren Berufserfahrung beträgt im Schnitt 3.438 €, bei 10 bis 14 Jahren Berufserfahrung steigt es auf rund 4.601 € und bei über 20 Jahren Berufserfahrung klettert es auf rund 5.283 €. Berufsanfänger starten im Schnitt mit 3.254 €.

Betriebsgröße: In Betrieben mit unter 100 Beschäftigten beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen der Diplom-Kaufleute 3.821 €. In Betrieben mittlerer Größe klettert es im Durchschnitt auf 4.112 € und in Betrieben mit über 500 Beschäftigten ist der Durchschnittsverdienst mit 4.475 € am höchsten.

West – Ost: Während ein/e Diplom-Kaufmann/frau bzw. Diplom-Betriebswirt/in in Westdeutschland durchschnittlich 4.284 € erhält, bekommt sie/er in Ostdeutschland 3.425 €. In den neuen Bundesländern verdienen damit Diplom-Kaufmänner/frauen bzw. Diplom-Betriebswirte/innen rund 20 Prozent weniger als ihre Kollegen/innen in den alten Bundesländern.

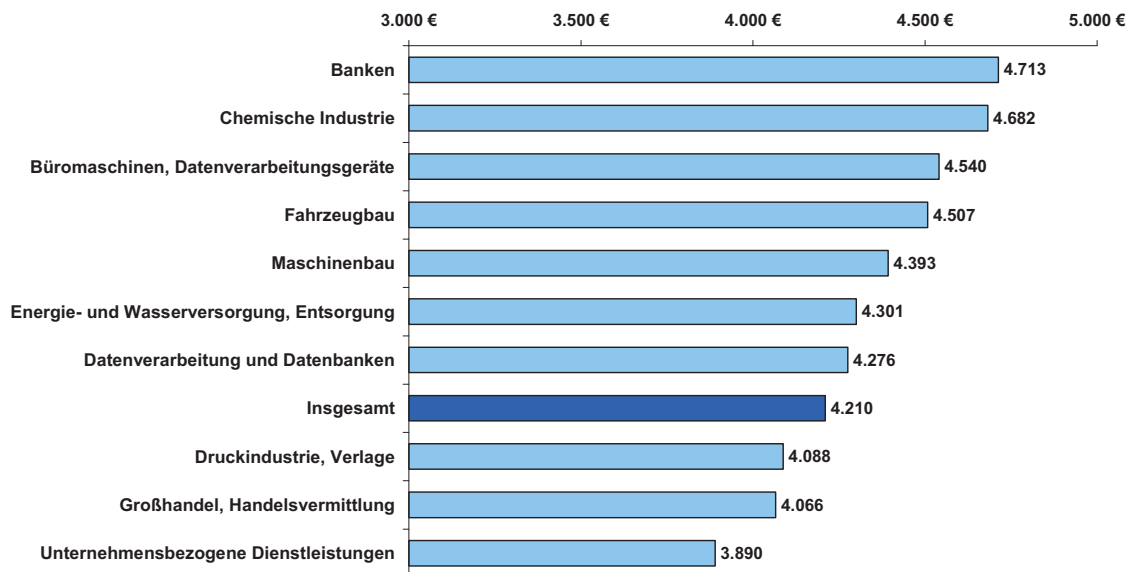
Frauen – Männer: Frauen verdienen als Diplom-Kauffrau bzw. Diplom-Betriebswirtin weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Durchschnitt liegt ihr Einkommen mit 3.705 € rund 18 Prozent unter dem der Männer mit 4.506 €. Beim Berufsstart liegen Frauen mit 2.971 € bereits 471 € hinter ihren männlichen Kollegen mit 3.442 €. Das entspricht einem Gender Pay Gap von knapp 14 Prozent.

Tarifbindung: Diplom-Kaufmänner/frauen bzw. Diplom-Betriebswirte/innen profitieren von der Tarifbindung. In tarifgebundenen Betrieben liegt ihr Monatseinkommen mit durchschnittlich 4.434 € rund 410 € über dem Gehalt ihrer Kollegen und Kolleginnen in nicht tarifgebundenen Betrieben.

Sonderzahlungen: Knapp 60 Prozent der Diplomkaufleute erhalten eine Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“), knapp die Hälfte ein Urlaubsgeld, und jeweils 30 Prozent eine Gewinnbeteiligung bzw. sonstige Sonderzahlungen.

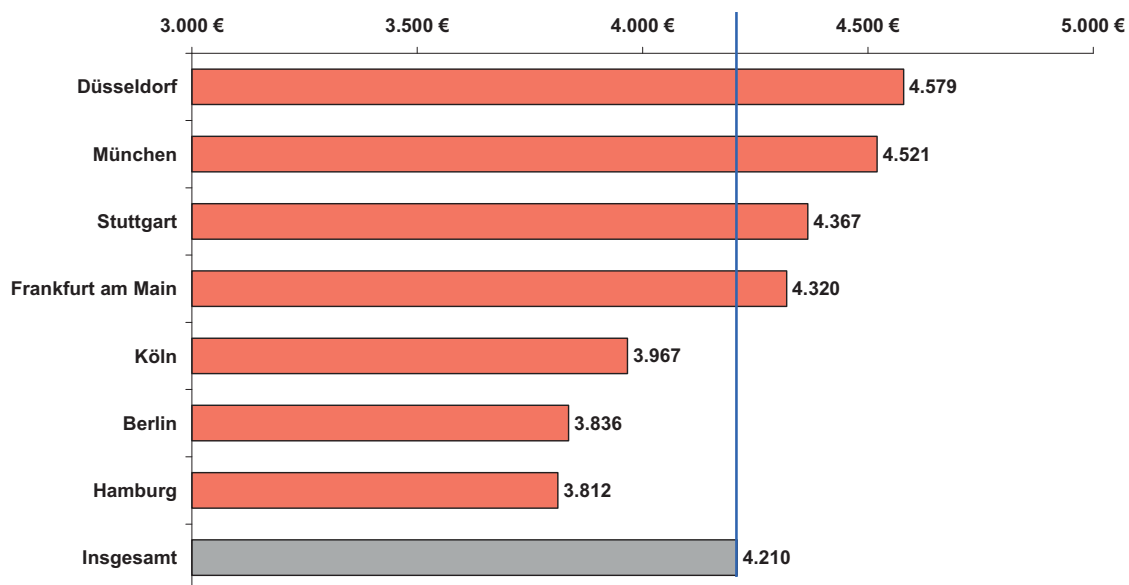
Das Projekt „LohnSpiegel“ erhebt und analysiert die Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland. Es ist Bestandteil des internationalen Wage-Indicator-Netzwerks, an dem Projekte aus mehr als 40 Ländern mit gleicher Zielrichtung beteiligt sind. Die LohnSpiegel-Daten werden im Rahmen einer kontinuierlichen Online-Erhebung ermittelt, an der sich die Besucherinnen und Besucher der Webseite „www.lohnspiegel.de“ freiwillig und anonym beteiligen können. Zurzeit bietet der LohnSpiegel einen **Gehalts-Check** für rund **280 Berufe**.

Monatsverdienste von Diplomkauleuten nach Branchen



Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank – www.lohnspiegel.de

Monatsverdienst von Diplomkauleuten in ausgewählten Städten, in €



Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank – www.lohnspiegel.de

04.03.2010

Online-Umfrage von www.lohnspiegel.de:

Was verdienen Fachinformatiker/innen?

Pünktlich zur CeBIT präsentiert das Online-Portal LohnSpiegel eine neue Gehaltsstudie zu Fachinformatikerinnen und Fachinformatikern. Das Bruttomonatseinkommen von Fachinformatiker/innen beträgt auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.610 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals www.lohnspiegel.de, das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Rund 860 Fachinformatiker/innen haben sich daran beteiligt. „Mit dieser Erhebung können wir die Einkommenssituation dieser Berufsgruppe in verschiedenen Branchen abbilden“, sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. Es reicht von 2.354 Euro im Bereich unternehmensbezogener Dienstleistungen über 2.502 Euro im Bereich Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte bis zu 3.264 Euro im Bankgewerbe (siehe Grafik im Anhang).

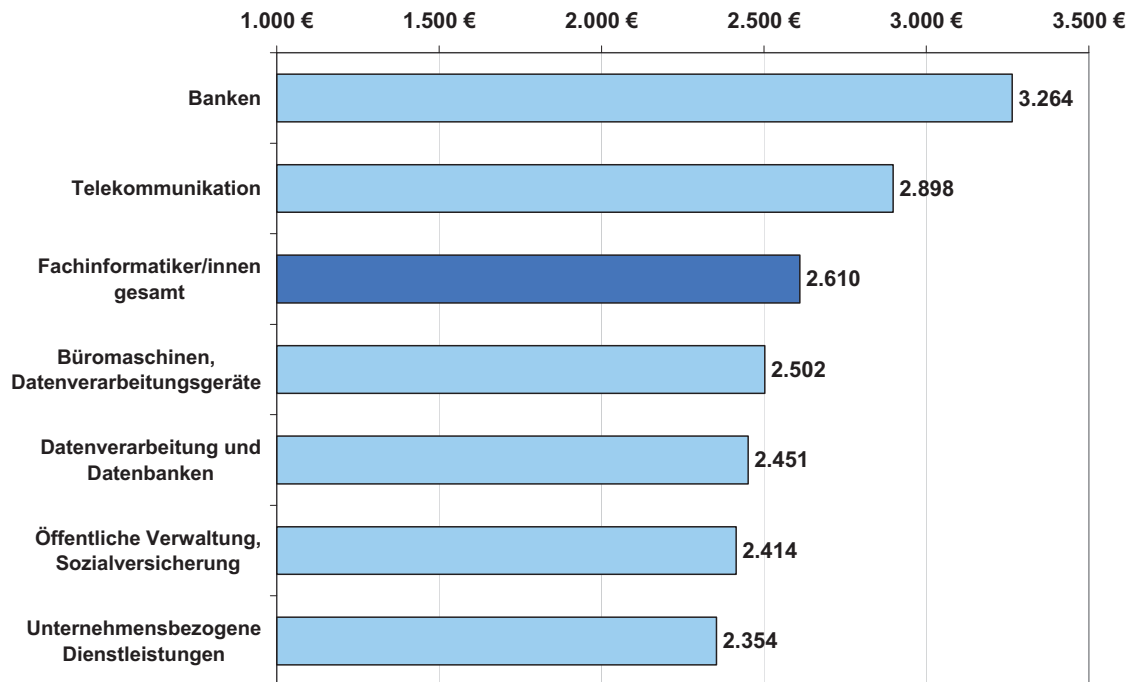
Die Daten kommen u. a. zu folgenden Ergebnissen:

- **Berufserfahrung** zahlt sich aus. Das Monatseinkommen von Fachinformatikern/innen mit weniger als fünf Jahren Berufserfahrung beträgt im Schnitt 2.247 €, bei 10 bis 14 Jahren Berufserfahrung steigt es auf rund 3.001 € und bei über 20 Jahren Berufserfahrung klettert es auf rund 3.619 €.
- **Betriebsgröße:** In Betrieben mit unter 100 Beschäftigten beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen der Fachinformatiker/innen 2.331 €. In Betrieben mittlerer Größe klettert es im Durchschnitt auf 2.656 € und in Betrieben mit über 500 Beschäftigten ist der Durchschnittsverdienst mit 2.934 € am höchsten
- **Frauen – Männer:** Frauen verdienen als Fachinformatikerinnen mehr als ihre männlichen Kollegen. Im Durchschnitt liegt ihr Einkommen mit 2.661 € rund 2 % über dem der Männer mit 2.602 €. Mit zunehmender Berufserfahrung dreht sich diese Einkommensdifferenz allerdings um.
- **Tarifbindung:** Fachinformatiker/innen profitieren von der Tarifbindung. In tarifgebundenen Betrieben liegt ihr Monatseinkommen mit durchschnittlich 2.876 € rund 15 Prozent bzw. 436 € über dem Gehalt ihrer Kollegen und Kolleginnen in nicht tarifgebundenen Betrieben.
- **West/Ost:** Während eine Fachinformatikerin oder ein Fachinformatiker in Westdeutschland durchschnittlich 2.659 € erhält, bekommt sie/er in Ostdeutschland 2.033 €. In den neuen Bundesländern verdienen damit Fachinformatiker/innen rund 24 Prozent weniger als ihre Kollegen/innen in den alten Bundesländern.
- **Überstunden:** Rund 59 Prozent der Fachinformatiker/innen arbeiten im Allgemeinen mehr als vertraglich vereinbart. Knapp 62 Prozent davon bekommen dafür eine entsprechende Bezahlung oder Freizeitausgleich, rund 38 Prozent erhalten keine Überstundenvergütung

Das Projekt „LohnSpiegel“ erhebt und analysiert die Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland. Es ist Bestandteil des

internationalen Wage-Indicator-Netzwerks, an dem Projekte aus insgesamt 40 Ländern mit gleicher Zielrichtung beteiligt sind. Die Lohn-Spiegel-Daten werden im Rahmen einer kontinuierlichen Online-Erhebung ermittelt, an der sich die Besucherinnen und Besucher der Webseite „www.lohnspiegel.de“ freiwillig und anonym beteiligen können. Zurzeit bietet der LohnSpiegel einen **Gehalts-Check** für rund **280 Berufe**.

Monatsverdienste von Fachinformatikern/innen nach Branchen



Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank – www.lohnspiegel.de

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung	
<p>Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de</p> <p>Dr. Heiner Dribbusch Tel.: 0211/7778-217 E-Mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de</p> <p>Fikret Oez Tel.: 0211/7778-230 E-Mail: Fikret-Oez@boeckler.de</p>	<p>Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de</p>

04.03.2010

Studie in den neuen WSI Mitteilungen

Acht EU-Staaten erhöhen Mindestlöhne – doch Krise bremst Entwicklung

Von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verfügen 20 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Acht davon haben die untere Lohngrenze zum Jahresbeginn 2010 angehoben, in zwei weiteren wurde der Mindestlohn im Herbst 2009 erhöht. In vielen EU-Ländern reagierte die Entwicklung der Mindestlöhne deutlich auf die Wirtschaftskrise: Die Erhöhungen fielen oft geringer aus als in den Jahren zuvor, beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder Spanien. Einige Staaten haben ihre Lohnminima sogar faktisch eingefroren. Das war etwa in Belgien, Irland oder Tschechien der Fall. Es gab allerdings auch Ausnahmen: EU-Länder wie Polen, die Slowakei oder Portugal erhöhten ihre Mindestlöhne um drei bis knapp sechs Prozent. In einigen Ländern außerhalb der EU stiegen die Mindestlöhne sogar zweistellig, so in den USA und Brasilien. Das zeigt der neue Mindestlohnbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Der Bericht erscheint in der neuen Ausgabe der WSI Mitteilungen. *

Die Unterschiede machen nach Analyse des WSI-Tarifexperten Dr. Thorsten Schulten deutlich, „dass es auch unter den Bedingungen der Krise alternative politische Handlungsmöglichkeiten“ bei der Gestaltung von Mindestlöhnen gibt: Während in einigen Ländern das Thema Kostensenkung die Debatte dominierte, verfolgten andere mit der Anhebung der Lohnuntergrenzen das Ziel, die Binnen- nachfrage zu stärken und deflationäre Tendenzen zu bekämpfen.

In den westeuropäischen Euro-Ländern liegen die untersten erlaubten Stundenlöhne nun zwischen 8,41 Euro brutto in Belgien und 8,86 Euro in Frankreich. Luxemburg hat mit 9,73 Euro den höchsten Mindestlohn (alle Daten in einer Infografik im neuen Böckler Impuls 4/2010; Link unten). Der britische Mindestlohn beträgt umgerechnet 6,51 Euro. Allerdings ist dieser Euro-Wert stark von der Schwäche des Pfunds beeinflusst. „Ohne diese Abwertung würde der britische Mindeststundenlohn heute etwa bei 8,50 Euro liegen und sich damit im Rahmen der anderen westeuropäischen Länder bewegen“, erklärt Schulten. In Großbritannien und in Slowenien wurden die Mindestlöhne zuletzt im Herbst 2009 angehoben. Zum 1. Januar 2010 erhöhten Frankreich, Spanien, die Niederlande, Polen, Ungarn, die Slowakei, Malta und Portugal.

In den „alten“ EU-Staaten in Südeuropa betragen die Mindestlöhne zwischen 2,86 Euro in Portugal und 4,28 Euro in Griechenland. Auf ähnlichem Niveau bewegt sich der Mindestlohn in Slowenien mit 3,45 Euro. In den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Mindestlöhne mit Stundensätzen von 0,71 Euro in Bulgarien bis 1,82 Euro in Tschechien deutlich niedriger. Allerdings haben die meisten dieser Länder über einen längeren Zeitraum aufgeholt, weil die Mindestlöhne dort schneller stiegen als in der „alten“ EU. Zudem spiegelt das Niveau der Mindestlöhne zum Teil die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten wider. Legt man Kaufkraftparitäten zugrunde, reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:14 auf etwa 1:6.

Schultens Analyse zeigt, dass im vergangenen Jahr kontroverser über die Entwicklung der Lohnminima debattiert wurde. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise stiegen die Mindestlöhne in etlichen EU-Ländern 2009 weniger stark als in den Jahren zuvor. In Großbritannien wurde die Lohnuntergrenze zwischen Januar 2009 und Januar 2010 um nominal 1,2 Prozent angehoben. Frankreich erhöhte um 1,7 Prozent, die Niederlande um zwei Prozent und Luxemburg um 2,5 Prozent. Dagegen waren die Mindestlöhne in den „alten“ EU-Ländern zwischen 2000 und 2008 im Jahresmittel um gut vier Prozent gewachsen. Dank niedriger Preissteigerungen verzeichneten Mindestlohnbezieher aber in den meisten Ländern mit nominalen Erhöhungen auch reale Lohnzuwächse.

Die heftigsten Diskussionen gab es im stark krisenbetroffenen Irland. Dort forderten Arbeitsgebervereine und konservative Politiker, über eine Absenkung des Mindestlohns nachzudenken. Eine Kürzung hat bislang kein Staat vorgenommen. Allerdings wurde die irische Lohnuntergrenze seit mehr als zwei Jahren nicht angehoben. Gleiches gilt auch für Tschechien und die baltischen Staaten. In Belgien wurde der Mindestlohn zuletzt im Herbst 2008 erhöht. Im größten osteuropäischen EU-Land Polen stieg das Lohnminimum zwischen Januar 2009 und Januar 2010 hingegen um 3,2 Prozent, in der Slowakei um 4,2 Prozent. Am stärksten angehoben wurden die Mindestlöhne in Griechenland und Portugal – jeweils um 5,6 Prozent.

Deutliche Unterschiede bei der absoluten Höhe und der aktuellen Entwicklung weisen auch die Mindestlöhne in mehreren außereuropäischen Ländern auf, die der WSI-Experte erstmals in seine Analyse einbezogen hat. Während die Lohnuntergrenze in Australien zwischen Januar 2009 und Januar 2010 bei umgerechnet 8,08 Euro verharrte, stieg der nationale US-Mindestlohn um rund zehn Prozent auf 5,20 Euro. In ähnlichem Umfang legte das Lohnminimum in der Türkei zu – auf nun 1,73 Euro. In Brasilien wurde der Mindestlohn in zwei Schritten um knapp 23 Prozent erhöht und liegt nun bei umgerechnet 0,97 Euro.

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO habe jüngst die expansive brasilianische Mindestlohnpolitik als positive Strategie zur Krisenbewältigung besonders hervorgehoben, berichtet WSI-Forscher Schulten. Und in ihrem Mitte 2009 verabschiedeten „Global Jobs Pact“ wies die ILO auf die zentrale Rolle von Mindestlöhnen hin, um deflationäre Lohn-Preis-Spiralen zu verhindern. Die Analyse der ILO-Ökonomen sei auch in Europa hoch aktuell, betont Schulten. Vor allem Irland befinde sich „mittlerweile eindeutig auf einem ökonomischen Deflationspfad“. Eine strukturelle Erhöhung von Mindestlöhnen würde daher „nicht nur vielen Beschäftigten einen angemessenen Lohn oberhalb des Existenzminimums ermöglichen, sondern zugleich auch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Krise leisten“, schreibt der WSI-Forscher.

**Thorsten Schulten: WSI Mindestlohnbericht 2010 – Unterschiedliche Strategien in der Krise, WSI Mitteilungen 3/2010: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2010_03_schulten.pdf*

Grafik zum Download im Böckler Impuls 4/2010: http://www.boeckler.de/32014_103016.html

Zugang zur WSI-Mindestlohndatenbank:
http://www.boeckler.de/pdf/ta_mindestlohndatenbank.pdf

Den internationalen Forschungsstand zur Beschäftigungswirkung von Mindestlöhnen stellt eine Studie des IAQ an der Uni Duisburg-Essen dar. Artikel im Böckler Impuls:
http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2010_03_4-5.pdf

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Thorsten Schulten
WSI
Tel.: 0211-7778-239
E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

19.02.2010

Online-Umfrage von www.lohnspiegel.de:

Personalabbau, Kurzarbeit und weniger Lohn – Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigten – Metallindustrie besonders betroffen

Auf die Wirtschaftskrise reagieren viele Betriebe mit Personalabbau, Kurzarbeit und Abstrichen bei Lohn und Gehalt. Besonders deutlich sind die Auswirkungen in der Metallindustrie, wo insbesondere die Kurzarbeit beim Krisenmanagement eine sehr große Rolle spielt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Erhebung des Projekts LohnSpiegel, das vom Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. An der Erhebung haben sich von August bis Dezember 2009 rund 10.000 Beschäftigte beteiligt.

Krise und betriebliche Reaktionen

38 Prozent aller Befragten gaben an, dass es ihrem Betriebe zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009. Am stärksten betroffen ist die Metallindustrie: Hier schätzten 65 Prozent der Beschäftigten die Lage ihres Betriebes schlechter ein. Ebenfalls stark betroffen war auch die chemische Industrie, wo es 43 Prozent der Betriebe schlechter ging,

Dies hatte auch Folgen für die Beschäftigung. 41 Prozent aller Befragten gaben an, dass in ihrem Betrieb die Beschäftigung zurückgegangen sei. Besonders betroffen war (und ist) die Metall- und Elektroindustrie mit 67 Prozent, die chemische Industrie mit 53 Prozent, der Finanzdienstleistungssektor mit 47 Prozent und das Gastgewerbe mit 46 Prozent (siehe Grafik 1).

Verschärfte Situation in den Krisenbetrieben

Legt man nur die Krisenbetriebe zugrunde, das heißt diejenigen, denen es nach Angaben der Beschäftigten zum Befragungszeitraum schlechter ging als Anfang 2009, dann sind Personalabbau und Einkommenseinbußen deutlich stärker als in den übrigen Betrieben (siehe Tabelle 1). Im Durchschnitt aller krisenbetroffenen Betriebe war das meistgenutzte Instrument die Nichtwiederbesetzung frei werdender Stellen (57 Prozent), gefolgt vom Auslaufen befristeter Arbeitsverträge (48 Prozent) und der Kündigung von Leiharbeiter/innen (36 Prozent). In 35 Prozent der Betriebe wurde Kurzarbeit eingesetzt und in 30 Prozent wurden auch Stammbeschäftigte gekündigt.

In der **Metallindustrie** haben die krisenbetroffenen Betriebe nach Angaben der Beschäftigten besonders stark auf Kurzarbeit gesetzt (siehe Grafik 2): Fast drei Viertel (73 Prozent) haben von diesem Instrument Gebrauch gemacht. Fast ebenso häufig (71 Prozent) sind Leiharbeiter/innen gekündigt worden und sehr oft (63 Prozent) wurden auch befristete Beschäftigte nicht weiter beschäftigt. Auch das Stammpersonal blieb nicht verschont: In gut einem Drittel der Betriebe (34 Prozent) gab es Kündigungen für diese Beschäftigtengruppe.

Tabelle 1: Personalmaßnahmen in der Krise

- Angaben der Beschäftigten in % -

Personalmaßnahmen	Metall	Gesamt	Gesamt
	Krisenbetriebe*		Alle Betriebe
Keine Wiederbesetzung frei werdender Stellen	62	57	40
Auslaufen befristeter Arbeitsverträge	63	48	32
Kündigung von Leiharbeiter/inne	71	36	22
Kurzarbeit	73	35	19
Kündigung von Stammpersonal	34	30	18
Altersteilzeit	37	24	19
keine Übernahme von Ausgebildeten	23	23	17
Abfindungsangebote bei freiwilliger Kündigung	26	19	13
Keinerlei Personalmaßnahmen	5	13	28

* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Die Krise wirkte sich auch auf die verschiedenen **Einkommensbestandteile** negativ aus: Jeder fünfte Beschäftigte in Krisenbetrieben gibt an, dass das Monatseinkommen gesunken sei (siehe Grafik 3). Das dürfte vor allem eine Folge der Kurzarbeit sein. Auch Sonderzahlungen (Ergebnisbeteiligung, Bonus) fielen geringer aus, sagen 23 Prozent der Beschäftigten (siehe Tabelle 2). Das Weihnachtsgeld wurde bei 17 Prozent reduziert. Zulagen und Zuschläge verringerten sich bei 16 Prozent und weniger Urlaubsgeld erhielten 12 Prozent.

In der besonders krisenbetroffenen **Metallindustrie** sind Einschnitte noch häufiger: Rund ein Drittel (32 Prozent) der Beschäftigten dieser Branche beklagt ein gesunkenes Monatseinkommen. Auch Sonderzahlungen fallen bei 29 Prozent der Beschäftigten geringer aus. Zulagen und Zuschläge haben sich bei einem Viertel (24 Prozent) der Beschäftigten verringert, gefolgt vom Weihnachtsgeld (23 Prozent) und dem Urlaubsgeld (17 Prozent).

Tabelle 2: Auswirkungen der Krise auf die Einkommen

- Angaben der Beschäftigten in % -

Auswirkungen	Metall	Gesamt	Gesamt
	Krisenbetriebe*		Alle Betriebe
Ergebnisbeteiligung, Bonuszahlung ist geringer	29	23	14
Monatseinkommen gesunken	32	20	11
Weihnachtsgeld ist geringer	23	17	11
Zulagen und Zuschläge haben sich verringert	24	16	9
Urlaubsgeld ist geringer	17	12	8

* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Auch die **Arbeitsbedingungen** haben sich in der Krise verschlechtert (siehe Tabelle 3). Gut drei Viertel (76 Prozent) der Befragten in Krisenbetrieben geben an, dass der Leistungsdruck zugenommen hat, 75 Prozent beklagen ein verschlechtertes Betriebsklima

und 66 Prozent sagen, dass sich die Aufstiegschancen verschlechtert hätten. Interessanterweise liegen die entsprechenden Werte für die Metallindustrie in allen drei Dimensionen etwas niedriger. Im Durchschnitt aller Betriebe liegen die Werte erkennbar niedriger, aber immer noch auf hohem Niveau.

Tabelle 3: Arbeitsbedingungen in der Krise*

- Angaben der Beschäftigten in % -

Auswirkungen	Metall	Gesamt	Gesamt
	Krisenbetriebe*		Alle Betriebe
Leistungsdruck nimmt zu	72	76	65
Betriebsklima verschlechtert sich	72	75	57
Aufstiegschancen verschlechtern sich	59	66	48

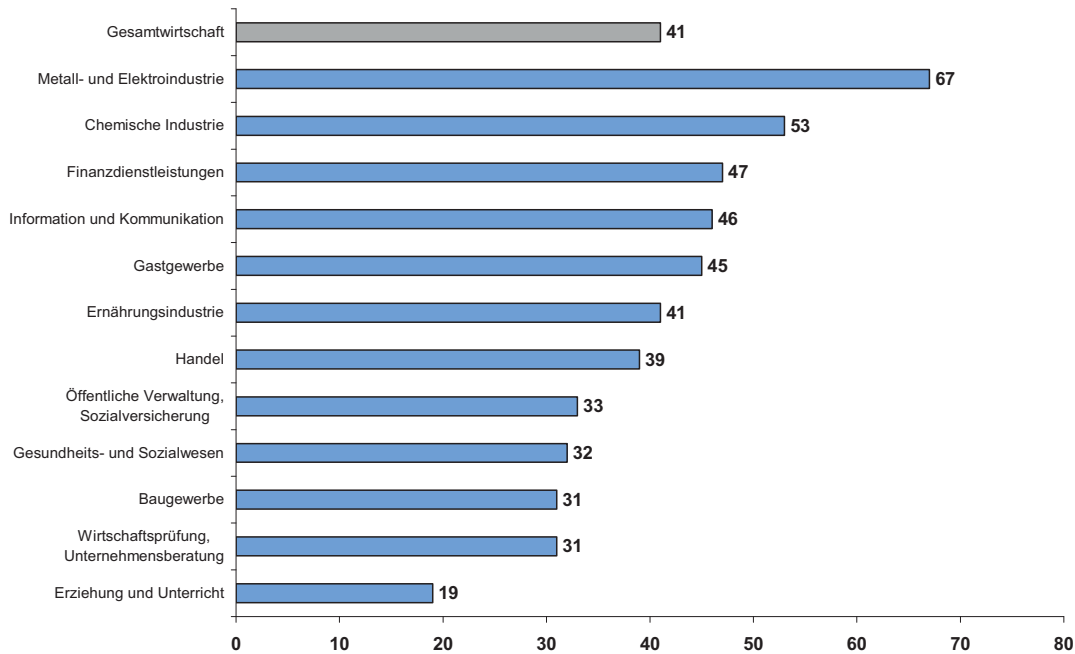
* Betriebe, denen es zum Befragungszeitpunkt schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

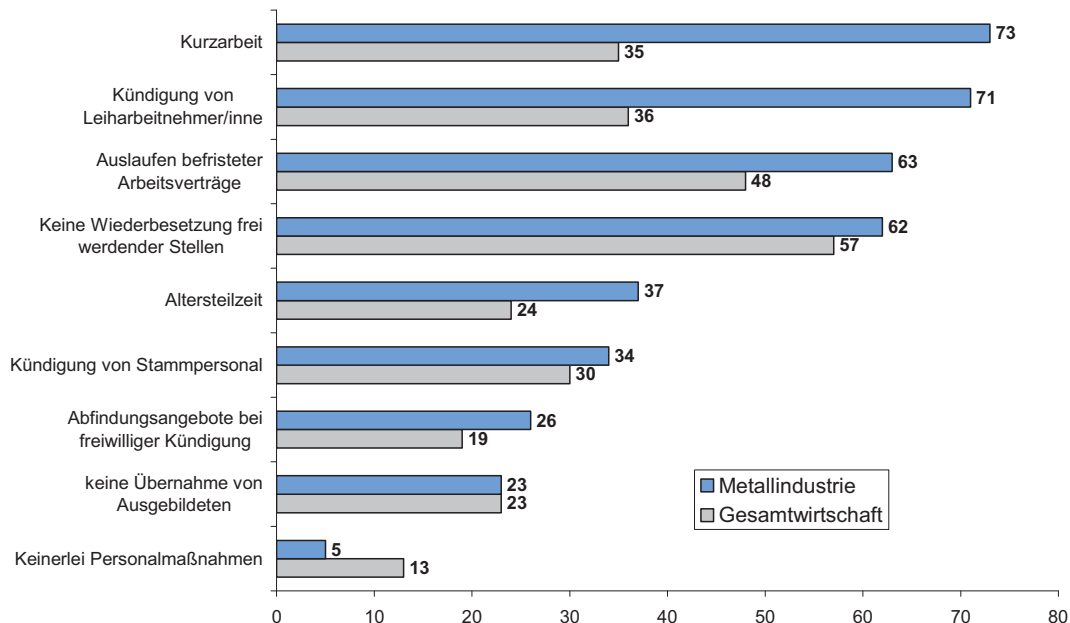
<p>Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de</p> <p>Dr. Heiner Dribbusch Tel.: 0211/7778-217 E-Mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de</p> <p>Fikret Oez Tel.: 0211/7778-230 E-Mail: Fikret-Oez@boeckler.de</p>	<p>Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de</p>
---	---

Grafik 1: Anteil Betriebe, in denen die Beschäftigung in der Krise zurückgegangen ist
- Angaben der Beschäftigten in % -



Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

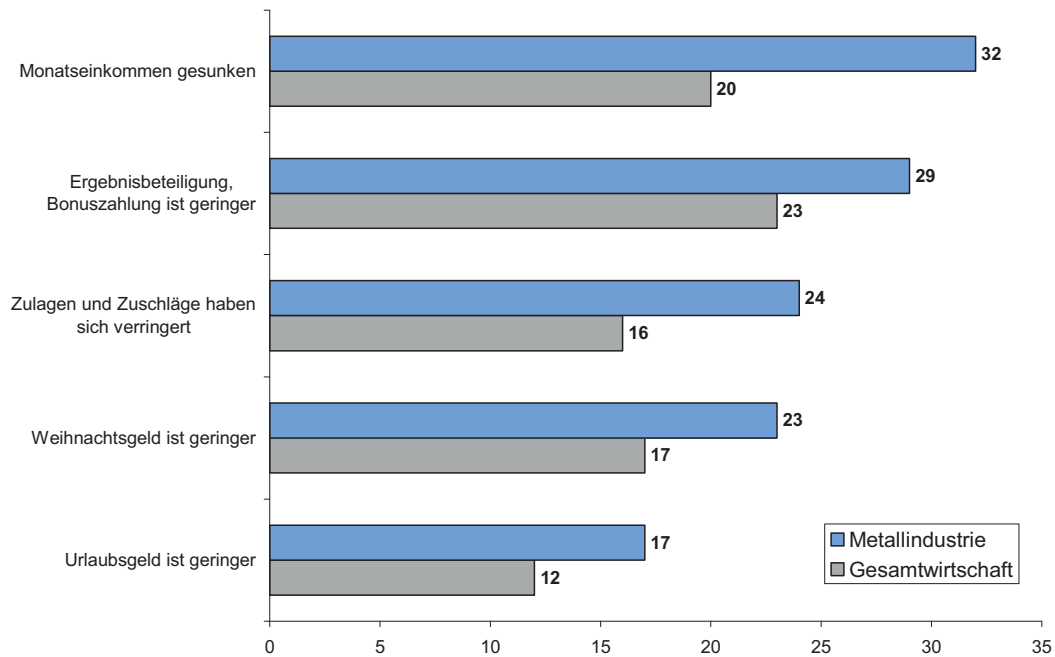
Grafik 2: Personalmaßnahmen in Krisenbetrieben* in der Gesamtwirtschaft und in der Metallindustrie - Angaben der Beschäftigten in % -



* Betriebe, denen es zum Befragungszeitraum schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

Grafik 3: Persönliche Auswirkungen der Krise in Krisenbetrieben* in der Gesamtwirtschaft und in der Metallindustrie - Angaben der Beschäftigten in % -



* Betriebe, denen es zum Befragungszeitraum schlechter ging als Anfang 2009

Quelle: www.lohnspiegel.de – Befragungszeitraum: August – Dezember 2009

20.01.2010

Tarifliche Reallohnsteigerungen, aber sinkende Effektivverdienste

Tariflöhne und -gehälter: 2009 ein Plus von 2,6 Prozent

Die Tarifentwicklung in Deutschland hat im vergangenen Jahr einen positiven Verlauf genommen. Die **Tariflöhne und -gehälter** sind 2009 im Durchschnitt um **2,6** Prozent gestiegen. Da sich die Verbraucherpreise lediglich um 0,4 Prozent erhöht haben, ergibt sich daraus ein **kräftiger realer Anstieg** der Tarifvergütungen um 2,2 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2009, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt.

Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,1 Prozent im Bereich Energie- und Wasserversorgung aus, gefolgt vom Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,7 Prozent und dem Investitionsgütergewerbe mit 3,3 Prozent. Unterdurchschnittlich war die Tarifsteigerung u.a. in den Bereichen Verbrauchsgütergewerbe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Baugewerbe mit jeweils 2,4 Prozent und im Bereich private Dienstleistungen/Organisationen ohne Erwerbzweck mit 1,9 Prozent. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Handel mit 1,4 Prozent aus (vergleiche die Grafik am Ende dieses Textes). In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 3,0 Prozent höher als in Westdeutschland mit 2,6 Prozent. „Selbst in Wirtschaftszweigen mit geringen Tarifsteigerungen, ergibt sich ein reales Plus“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Dr. Reinhard Bispinck.

Bei den **effektiven Bruttoeinkommen** sieht die Entwicklung dagegen völlig anders aus: Je Arbeitnehmer/in sind sie im vergangenen Jahr nominal um 0,4 Prozent gesunken, preisbereinigt sogar um 0,8 Prozent. Das Jahr 2009 war damit das sechste Jahr in Folge, in dem die Beschäftigten effektive Reallohnverluste hinnehmen mussten. Die wichtigste Ursache dafür ist die Kurzarbeit, aber auch Abstriche beim Entgelt, zum Beispiel durch die Nutzung von tariflichen Öffnungsklauseln, spielten eine Rolle.

Eine Sonderauswertung der **WSI-Betriebsrätebefragung** ergab, dass 22 Prozent der von der Krise betroffenen Betriebe **Abstriche beim Entgelt** vorgenommen haben oder planen. Zu den Maßnahmen gehören unter anderen Kürzungen bei Sonderzahlungen und Zulagen, Aussetzung von vorgesehenen Lohnerhöhungen, Abstriche bei übertariflichen Entgeltbestandteilen und Verschlechterung von Eingruppierungen. In 10 Prozent der Krisenbetriebe wurden Einschnitte bei den betrieblichen Sozialleistungen durchgeführt bzw. geplant (vergleiche die Grafik am Ende dieses Textes).

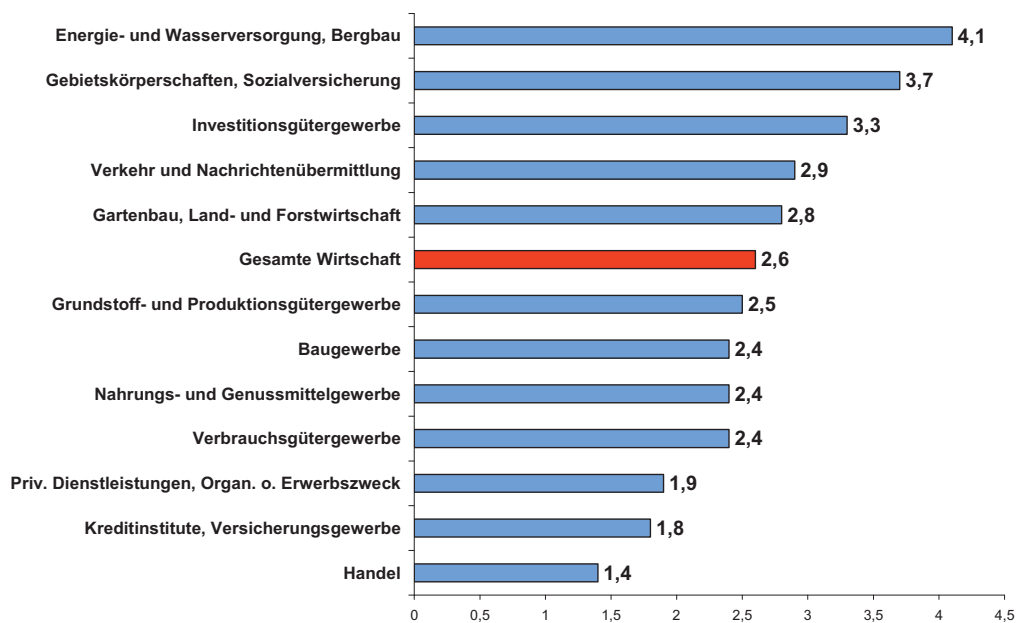
Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften in Deutschland im vergangenen Jahr **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für rund **7,9 Mio. Beschäftigte** ab, darunter etwa 6,8 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Für rund 92 Prozent dieser Beschäftigten gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für gut ein Drittel der davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen. Diese betragen durchschnittlich 35 Euro (West: 37 Euro, Ost: 30 Euro) im Monat.

Für weitere 7,9 Mio. Beschäftigte traten im Jahr 2009 Erhöhungen in Kraft, die bereits 2008 oder früher vereinbart worden waren. Die **Laufzeit** der Verträge beträgt durchschnittlich **24,1** Monate.

In diesem Jahr stehen neben den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) auch die Tarifverträge in den Branchen Metallindustrie, chemische Industrie, Bankgewerbe, Papierverarbeitung, Stahlindustrie, Deutsche Bahn und zahlreichen kleineren Wirtschaftszweigen an. Die vorliegenden Tarifforderungen bewegen sich zwischen 4 und 5 Prozent. In den krisenbetroffenen Industriezweigen wie etwa der Metallindustrie spielen Fragen der Beschäftigungssicherung eine besondere Rolle.

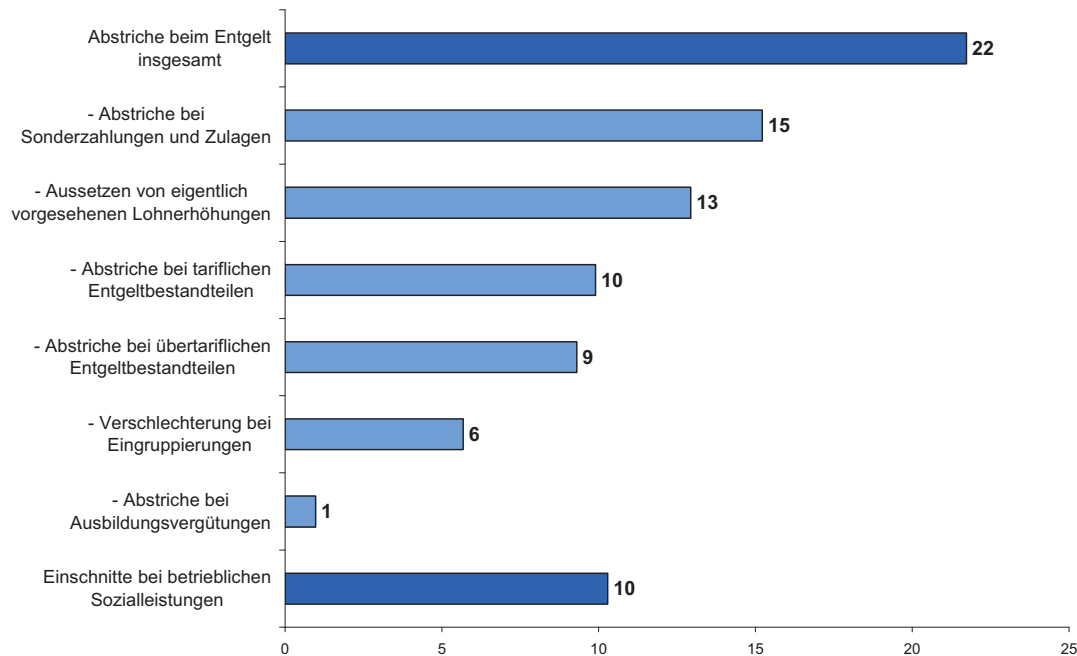
Die Folgen der Wirtschaftskrise bringen die Gewerkschaften nach Auffassung des WSI-Tarifexperten in eine sehr schwierige Ausgangsposition. „Nötig sind aber gerade in der jetzigen Krise spürbare Reallohnsteigerungen.“ Eine lohnpolitische Nullrunde oder gar Lohnkürzungen verbunden mit milliardenschweren Sparpaketen in den öffentlichen Haushalten wären kontraproduktiv und krisenverschärfend, so Reinhard Bispinck. Eine Korrektur der einseitigen Exportorientierung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren könne nur bei ausreichender Binnennachfrage gelingen. Die Tarifpolitik sollte dazu einen Beitrag leisten.

Tarifsteigerung 2009*



* Durchschnittliche tarifliche Grundvergütung inkl. Pauschal- und Einmalzahlungen gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: WSI-Tarifarchiv 2009

Abstriche beim Entgelt: Maßnahmen in krisenbetroffenen Betrieben
Angaben der Betriebsräte in % - Mehrfachnennungen möglich



Repräsentativ für Betriebe ab 20 Beschäftigten mit Betriebsrat
Quelle: WSI Betriebsrätebefragung 2009: Beschäftigungssicherung

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck

Leiter WSI-Tarifarchiv

Tel.: 0211-7778-232

E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Aktuelle Publikationen

Da sollte mehr drin sein

Tarifliche Vergütungen im Niedriglohnbereich
- Eine Untersuchung in 40 Wirtschaftszweigen -
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 70
Düsseldorf, August 2010
682 Seiten, download

Tarifliche Pauschal- und Einmalzahlungen

- Praxis, Risiken und Nebenwirkungen -
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 69
Düsseldorf, Juli 2010
10 Seiten, 5 €

Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2010

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2010
Düsseldorf, Juli 2010
29 Seiten, 6 €

Tarifliche Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich

Eine Untersuchung in 41 Wirtschaftszweigen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 68
Düsseldorf, April 2010
30 Seiten, 8 €

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hrsg.)

Zukunft der Tarifautonomie

60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick
VSA-Verlag, ISBN: 978-3-89965-375-5
216 Seiten 16,80 € (Bestellung **nur** über Buchhandel)

Tarifliche Regelungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung

Eine Untersuchung von Tarifverträgen in
26 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 67
Düsseldorf, Juni 2009
56 Seiten, 8 €

zu bestellen bei:

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250
E-Mail: Baerbel-Kirchner@wsi.de

Hans Böckler Stiftung
Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Einstieg für... Schnellsuche Profisuche | Sitemap

Kontakt
Newsletter | RSS
Druckansicht
Bestellliste ansehen

Hauptbereiche

- WSI-Tarifarchiv
- Über uns
- Wer verdient was?
- Pressemeldungen
- Veröffentlichungen
- Tarifrunde 2010/2011
- Abgeschlossene Tarifrunden
- Tarifdaten
- Tarifsystem
- Europäische Tarifpolitik
- Glossar
- English
- Links

WSI-Tarifarchiv

Neues im Tarifarchiv

Tagesaktuelle Tarifchronik

- 08.12.2010 **Zeitungsverleger wollen Tarifabsenkung**
- 07.12.2010 **Mindestlohn-Initiative von NRW und Rheinland-Pfalz**
- 07.12.2010 **Chemie-Tarifrunde: Forderungsempfehlung 6 - 7 %**
- 06.12.2010 **IG Metall fordert 6 % bei Volkswagen**
- 02.12.2010 **Papierindustrie: Tarifsteigerung von 2,5 %**

→ [Weitere Einträge aus der Chronik](#)

Tarifrunde 2011: Wer verhandelt wann?
Für rund 7,5 Mio. Beschäftigte laufen die Tarifverträge im nächsten Jahr aus. Nähere Informationen dazu im WSI-Kündigungsterminkalender. [mehr...](#)

→ [Kündigungsterminkalender im Detail \(pdf\)](#)

Tarifliches Weihnachtsgeld 2010
Krisenbedingt stagniert das Weihnachtsgeld in einigen Branchen, in anderen steigt es zum Teil kräftig. [mehr...](#)

→ [Pressemeldung mit Grafik im Wortlaut \(pdf\)](#)

NEU: Tarifhandbuch 2010



→ [Das Tarifhandbuch 2010 informiert umfassend und aktuell über das Tarifgeschehen.](#)

WSI-Tarifarchiv twittert



Home | Kontakt **Suche**

LohnSpiegel.de

Die Umfrage | Lohn- und Gehalts-Check | Gewinnen Sie einen Preis | Brutto-Netto Rechner | Tariflöhne und -gehälter | Auswertungen | Pressestimmen | Tipps und Links | Veröffentlichungen | Impressum

startseite Frauen Lohnspiegel

Was verdienen Ihre Kolleginnen und Kollegen?



Wie viel verdient ein Maschinenschlosser, und wie hoch ist das Gehalt einer Bankkauffrau? Was bekommt ein Chemieingenieur, ein Bauleiter, eine Physiotherapeutin, ein Webdesigner, ein Werbekaufmann oder eine Küchenhilfe? Antworten darauf gibt es in unserem kostenfreien **Lohn- und Gehalts-Check**, der nun schon 280 Tätigkeiten aus rund 30 Berufsbereichen umfasst. Das Angebot wird wissenschaftlich betreut vom WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Und mit Ihrer Hilfe wird es noch weiter wachsen. Deshalb: **Füllen Sie am besten gleich heute diesen Online-Fragebogen aus**

Jetzt auf Twitter



Hier gibt's neue Meldungen

Verdienen Sie, was Sie verdienen?

Unser Lohn- und Gehalts-Check gibt Auskunft.

Datenbank umfasst jetzt 280 Berufe

Die Löhne und Gehälter in 30 weiteren Berufen sind nun abrufbar im LohnSpiegel. Darunter sind: Controller/in, Vertriebsassistent/in, Kundenberater/in,

Füllen Sie gleich heute diesen Online-Fragebogen aus

Gewinnen Sie einen Mindestlohn-Betrag

von 1.500, 750 oder 375 Euro

Medienpartner